# Zusammenfassung Einführung in die Schweizer Politik vom HS2019

1. **Vorlesung:**

**Welcher Satz fasst die Wohlfahrt der Schweiz zusammen?**

«Le bonheur d'être suisse» - Jean Ziegler

**Welche Entwicklung lebte die Schweiz mit?**

Eine Entwicklung vom Armenhaus zu einem der reichsten Länder der Welt.

**Wann begann diese Entwicklung ungefähr?**

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

**Was sind Faktoren, die die Wohlfahrt unseres Staates begünstigt haben?**

- Nicht in den Weltkrieg involviert => keine Reparaturzahlungen, kein Schaden an Infrastruktur
- Funktionierender Staat mit guten öffentlichen Dienstleistungen => ÖV, Sozialsystem
- Politische Stabilität => Zauberformel bzw. Konkordanzprinzip (Kräfteverhältnis stabil)
- Steuergünstig
- Reichtum durch Industrie => Uhren, Metall, Chemie …
- Gute Integration
- Selten Protestbewegungen

**Welche vier Gruppen als Gründe für den Schweizer Erfolg lassen sich also bilden?**

1. <u>Bewaffnete Neutralität =></u> Militär als defensives Verteidigungsorgan
2. <u>Föderalismus =></u> «Kantönligeist» => Zufriedenheit aller Bevölkerungsgruppen, da Kompromisse möglich
3. <u>Konkordanz</u> => breite Abstützung des Bundesrates auf 4 Parteien (SVP, FDP, CVP, SP)
4. <u>Direkte Demokratie</u>

**Wie betrachtet die Politikwissenschaft die Schweiz?**

Anstatt die Schweiz in den Himmel zu loben und sie ständig als Spezialfall zu bezeichnen spricht man eher vom Normalfall (gibt auch andere Staaten, die Ähnlichkeiten aufweisen). Man stellt sich vielmehr die Frage «Was können andere von uns lernen?». Man kritisiert die Mythen, welche um den Staat Schweiz kursieren.

**Was sind beispielsweise Kritikpunkte am Sonderfall Schweiz und wer äusserte diese?**

Masnata et Rubattel => sie bezeichnete den Konsens als sanfte Repression,

Kriesi => Macht der Spitzenverbände, nicht «normale» Bürger bilden die Entscheidungsgrundlage, sondern viel mehr wenige elitäre Gruppierungen

**Was ist das Problem mit der Betrachtung der Schweiz als Sonderfall und wie sollte man als Politologe eher vorgehen?**

Man sollte weg von der Nebelschau. Sich nicht blenden lassen, sondern eher den beschriebenen Staat mit ähnlichen Staaten vergleichen.

**Welche Länder sind also in welchen Punkten ähnlich?**

Bezüglich Föderalismus => Belgien, Österreich, Deutschland …

Bezüglich Direkter Demokratie => Italien hat Züge davon, Grossbritannien auch Ähnlichkeiten (Brexit)

Bezüglich Konkordanz => Niederlanden

**Wie geht man vor, um ein Land als Sonderfall zu bezeichnen?**

Erstmals muss man das Spezifische vom Allgemeinen trennen. Danach folgt ein theoriegeleitetes Vorgehen, welches wichtig für eine politische Analyse ist. Man stellt sich Fragen wie:

«Gibt es generalisierbare Aussagen», oder «Wo liegt die Bedingtheit der Schweizer Verhältnisse?»

Danach muss der internationale Vergleich und somit eine Einbettung in den Internationalen Kontext folgen. Fragen dazu sind beispielsweise:

«Gibt es Ähnlichkeiten mit anderen politischen Systemen?», oder «Was sind die Eigenheiten des politischen Systems der Schweiz?»

Somit versucht man dann den Staat bzw. hier die Schweiz in theoretische Kategorien verschiedener Demokratie-Typen einzuordnen.

**Welcher Frage ging Ljiphardt in seinem Buch: «Consociationalism; Nationbuilding in kulturell fragmentierten Ländern» nach?**

Wie konstruiert man nationalen Zusammenhalt in kulturell segmentierten Gesellschaften? Anders formuliert: Wie kommt es bei einer Gesellschaft mit hoher Diversität zu einem homogenen Zusammenhalt?

**Welche Länder untersuchte Lijphardt?**

Die Niederlanden, Belgien und die Schweiz.

Was ist die Antwort auf die Untersuchungsfrage von Ljiphardt?

Durch ein gentlemens' agreement zwischen den Eliten

**Was ist das gentlemens' agreement?**

Ein komplexes Geflecht von Beziehungen, welche die Eliten auf verschiedener Ebene einbinden und für ein Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte sorgen.

**Wie ist also der Name dieses agreements?**

Es handelt sich als Staatsform betrachtet um die Konsens-Demokratie.

**Was ist der Gegenpol zur Konsens-Demokratie?**

Die Mehrheitsdemokratie.

**Was ist eine minimal winning coalition?**

Unter einer minimalen Gewinnkoalition (minimal winning coalition) verstehen Politikwissenschaftler eine Koalition, die erstens über eine Regierungsmehrheit verfügt (im Gegensatz etwa zu einer Koalition einer Minderheitsregierung) und zweitens minimal in dem Sinne ist, dass jede Koalitionspartei zum Erreichen dieser Mehrheit benötigt wird.

**Welche beiden Demokratieformen hat Lijphart also definiert und wie definieren sich diese grob?**

1. Konsensdemokratie => Machtteilung, Ausgewogenheit der Entscheide, Machtbeschränkung (Verhindern von national gefährdenden Konflikten)

2. Mehrheitsdemokratie=> Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit (schnellere Entscheidungsfähigkeit als KD)

**Was sind Beispiele für die beiden Demokratieformen?**

Konsensdemokratie => Schweiz als Prototyp

Mehrheitsdemokratie => «Westminster-Modell» bzw. Britisches Modell

**Welche beiden Aspekte zum Bemessen eines Demokratietypus gibt es?**

Die horizontalen und die vertikalen Aspekte.

**Was sind die horizontalen Aspekte?**

1. Machtkonzentration in der Exekutive
2. Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative
3. Parteiensystem
4. Wahlsystem
5. Verbandssytem

**Was sind die vertikalen Aspekte?**

1. Staatsaufbau
2. Machkonzentration in der Legislative
3. Verfassung
4. Gerichtliche Prüfungsmöglichkeiten
5. Notenbank

**Welche Form der Machtkonzentration in der Exekutive gibt es bei einer Mehrheitsdemokratie?**

Eine Einparteienregierung, bei welche eine Partei mit der grössten Macht die Regierung stellt.

**Wie ist die Machtkonzentration in der Exekutive bei der Konsensdemokratie?**

Es handelt sich um eine Koalitionsregierung, die aus verschiedenen Parteien besteht. Somit ist ein Frauenanteil gegeben, diverse Sprachgruppen vertreten und wie gesagt diverse Parteien vertreten. Meist sind diese «Quoten» freiwillig, werden aber dennoch eingehalten.

**Wie sind die Beziehungen zwischen der Exekutive und der Legislative in einer Mehrheitsdemokratie?**

Die Exekutivdominanz ist vorherrschend. Die Regierungsmitglieder sind Mitglieder des Parlaments. Wenn diese nicht mehr die Mehrheit besitzen, werden sie gestürzt.

**Wie sind dagegen die Beziehungen zwischen der Exekutive und der Legislative in einer Konsensdemokratie?**

Es gibt eine Machtteilung zwischen der Exekutive und der Legislative. Der Bundesrat und das Parlament sind somit grösstenteils unabhängig.

**Wie ist das Parteiensystem bei der Mehrheitsdemokratie gegliedert?**

Es gibt ein Zweiparteiensystem. Vorherrschend sind also zwei grosse Parteiblöcke, was dazu führt, dass kleine Parteien es schwierig bis unmöglich haben.

**Wie ist dagegen das Parteiensystem bei der Konsensdemokratie gegliedert?**

Es gibt ein Mehrparteiensystem. Dabei sind viele verschiedene Parteien befähigt Mitsprache zu erhalten. Sie repräsentieren so die heterogene Gesellschaft (z.B. Land vs. Stadt)

**Wie ist das Wahlsystem in einem mehrheitsdemokratischen Staat?**

Es handelt sich um ein Mehrheitswahlsystem. Beim Mehrheitswahlsystem werden im Gegensatz zum Verhältniswahlsystem die Mandate nicht verhältnismäßig nach dem Stimmenanteil der Parteien vergeben. Stattdessen steht in jedem Wahlkreis nur eine Kandidatin/ein Kandidat pro Partei zur Wahl und diejenige/derjenige mit den meisten Stimmen erhält das Mandat.

**Wie funktioniert aber das Wahlsystem in einer Konsensdemokratie?**

Über das Proporzsystem. Die Parteien stellen Listen auf, die gemäss Stimmenanteil verteilt werden. Dies spielt gerade kleineren Parteien in die Hände.

**Wie ist das Verbandsystem in einem Mehrheitsdemokratie aufgebaut?**

Vorherrschend ist das pluralistische Verbandssystem. Verschiedene Interessensgruppen versuchen unter Druckeinwirkung auf die Regierung eben diese zu beeinflussen.

**Und die Konsensdemokratie?**

Die Konsensdemokratie kennt das Korporatistische Verbandssystem. Verbände sprechen dabei zuerst untereinander und versuchen eine Lösung zu finden, bevor Druck auf den Staat ausgeübt wird.

**Zu den vertikalen Aspekten: Wie ist der Staat in einer Mehrheitsdemokratie aufgebaut?**

In der Mehrheitsdemokratie gibt es einen stark zentralisierten Einheitsstaat.

**In einer Konsensdemokratie hingegen?**

Einen föderalistischen Staat, der stark dezentralisiert ist.

**Wie ist die Machtkonzentration in einer Mehrheitsdemokratie?**

Das Einkammersystem ist vorherrschend. Das Einkammersystem oder Einkammerparlament bezeichnet ein Parlament, das aus nur einer Kammer besteht. Somit hat eine Versammlung von Parlamentariern die gesamte (insbesondere gesetzgebende) Staatsgewalt inne. Dadurch können intraparlamentarische Blockaden, d. h., dass eine Kammer die Vorstöße der anderen durch ein Veto oder Ähnliches verhindert, vermieden werden.

**Wie sieht die Machtkonzentration in einer Konsensdemokratie aus?**

Das Zweikammersystem ist vorherrschend. Dabei werden dezentrale föderalistische Interessen präsentiert.

**Wie ist die Verfassung zu beschreiben in einer Mehrheitsdemokratie?**

Sie ist sehr flexibel und meist genügt eine einfache Mehrheit.

**Wie ist die Verfassung einer Konsensdemokratie zu beschreiben?**

Sie ist sehr rigide (starr) mit einem Minderheitsveto. Sie ist stark geschützt gegen Verfassungsänderungen und kann nur durch ein Volks- und ein zusätzliche Ständemehr geändert werden.

**Wie sind die gerichtlichen Prüfungsmöglichkeiten in einer Mehrheitsdemokratie?**

Keine Verfassungsgerichtbarkeit. Somit werden die Politiker nicht von einem Kontrollorgan kontrolliert oder gebremst. Schweiz gehört ausnahmsweise eher in diesen Typen!

**Wie sind die gerichtlichen Prüfungsmöglichkeiten in einer Konsensdemokratie?**

Es gibt eine ausgebaute Verfassungsgerichtsbarkeit. => Schweiz kein Beispiel siehe MEI!

**Was ist zur Notenbank einer Mehrheitsdemokratie anzumerken?**

Sie ist abhängig von der Regierung.

**Wie ist die Notenbank in einem Konsensdemokratischen Staat?**

Unabhängig von der Regierung.

**Was sind die meisten Notenbanken heute?**

Unabhängig von der Regierung.

**Was ist also zusammengefasst die Beschreibung einer Konsensdemokratie?**

Verschiedene Gruppen erhalten Teile der Macht.

**Was ist also zusammengefasst die Beschreibung einer Mehrheitsdemokratie?**

Mehrheiten erhalten die Macht.

**Was sind die Vorteile einer Mehrheitsdemokratie?**

- hohe Effizienz der Regierung, wenn eine Partei die absolute Mehrheit im Parlament besitzt oder wenn eine gebildete Koalition stabil ist,
- schnelle Entscheidungsprozesse, sofern die Parteibasis nicht großen Wert auf Einbezug in die Willensbildung legt.

**Was sind die Nachteile einer Mehrheitsdemokratie?**

- Ignorierung der Minderheiten, insbesondere in Systemen ausschließlich mit einem Mehrheitswahlrecht,
- meistens niedrigere Legitimität und Akzeptanz in der Bevölkerung und bei Parteimitgliedern, wenn Kompromisse in einer Koalition als „faul“ bewertet werden.

**Was sind Vorteile einer Konsensdemokratie?**

- Kontinuität der Politik
- Einbindung von Minderheiten
- Einbindung und Mitspracherecht aller Interessierten
- modellhafter Charakter für Gesellschaften mit heterogener politischer Kultur.

**Was sind die Nachteile einer Konsensdemokratie?**

- Rasche Entscheidungen, welche unter besonderen Umständen (z. B. Krieg, Naturkatastrophen) notwendig werden können, könnten verzögert werden
- Eventuell zu weit gehende Berücksichtigung der Interessen von Minderheiten
- Möglicherweise hoher Zeitaufwand und persönliche Unzufriedenheit über fehlende Fortschritte zum Handlungsziel, die zur Abwanderung einiger Mitdenker führen können („Braindrain“)
- anfangs aufwändige Beschäftigung mit Verfahrensfragen
- nicht völlig immun gegen Entstehung/Verfilzung einer „politischen Klasse“ beziehungsweise eines Elitenkartells.

**Was ist der Zusammenhang zwischen der Konsensdemokratie und der und der Verwaltungseffektivität?**

Je höher die Machtteilung, desto grösser ist die Effektivität.

**Was ist der Zusammenhang der Korruptionskontrolle und der Konsensdemokratie?**

Die Kontrolle ist bei grösserer Machtteilung ebenfalls grösser.

**Auf was hat die Konsensdemokratie jedoch keine Einwirkung?**

Auf das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit und die Budgetdisziplin.

**Was ist die Budgetdisziplin?**

Die Defizitanhäufung der Regierung.

**Was ist also der Schluss, der sich aus den gewonnenen Erkenntnissen ziehen lässt?**

Es gibt keine Beweise, dass die Konsensdemokratie schlechter für die Wirtschaft wäre, als die Mehrheitsdemokratie.

**Was lässt sich sagen bezüglich des Zusammenhangs der Konsensdemokratie und der gesellschaftlichen bzw. der politischen Gewalt?**

Abwesenheit von politischer Gewalt. Auch gewaltsame innenpolitische Konflikte und Tote durch domestic terrorism nehmen ab.

**Was ist der Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Ungleichheit und der KD?**

Sie ist weniger vorhanden in KD.

**Gibt es in einer Konsensdemokratie mehr oder weniger Wahlbeteiligung? Wieso?**

Mehr, da es mehr Interessensgruppen gibt, die angesprochen werden.

**Wie sieht die Sozialpolitik in einer KD aus?**

Sehr grosszügig.

**Wie ist die Umweltqualität in einer KD?**

Gut.

**Wieso sind in einer KD tendenziell weniger Menschen im Gefängnis als beispielsweise in einer MD?**

Durch breite gefächerte Interessen kommt es zu weniger Protesten und zu einem zufriedenen Sozialstaat.

**Was ist eine Schlussfolgerung bezüglich der Konsensdemokratie?**

«Consensus demogracy tends tob e the kinder, gentler form of democracy»

**Was ist die Leitfrage für eine politikwissenschaftliche Analyse des politischen Systems der Schweiz?**

Inwiefern funktioniert das politische System der Schweiz als Konsensdemokratie, d.h. inwiefern beruht es auf den Prinzipien der Machtteilung?

**Was sind die vertikalen Aspekte?**

Föderalismus

**Was die horizontalen?**

Entscheidungsstrukturen und Prozesse.

**2. Vorlesung**

**Was ist die Definition des Föderalismus?**

«Federalism ist he principle of sharing sovereignty betwwen central and provinvial (or state) goverments; a federation is any political system which puts this idea into practice» oder

«Streben nach Errichtung oder Erhaltung eines Bundesstaates mit weitgehender Eigenständigkeit der Einzelstaaten»

**Was ist also das wichtigste im Föderalismus?**

Es handelt sich um ein in sich schlüssiges Ideologienprinzip, welches die Machtteilung regelt.

**Was bedeutet das lateinische Foedus im Wort Föderalismus?**

Bund.

**Wieviele und welche Prinzipien stellen das Gerüst des Föderalismus dar?**

Es gibt drei:

1. Alle staatlichen Institutionen finden sich auf nationaler und subnationaler Ebene (Exekutive, Legislative, Judikative)
2. Beteiligung der subnationalen Einheiten in den politischen Entscheidungsprozessen der nationalen Ebene (=> z.B. Ständerat; Kantone können sich einbringen)
3. Nationale Ebene wacht über Kohärenz der Handlugen der subnationalen Einheiten (=> schlichtet z.B. Streitigkeiten zwischen Kantonen)

**Was sind subnationale Einheiten?**

Ein anderes Wort dafür wären Gliedstaaten. Ein Beispiel dafür sind die verschiedenen Kantone der Schweiz, welche gemeinsam den Bund bilden.

**Für was steht das «-ismus» im Föderalismus?**

Für das idelogisch Formulieren von politischen Zielen.

**Was sind Unterschiede in den Sprachen bzgl. Föderalismus?**

Federalists (engl.) wollten Stärkeren Staat vs. Föderalist (d) wollte Unabhängigkeit der Kantone.

**Was bildete die Grundlage, dass Amerika ein föderalistischer Staat wurde (chronologisch)?**

- Amerika aufgeteilt in Englische und Französische Kolonialgebiete
- 7 jähriger Krieg ( Frankreich vs. England => Vorherrschaft)
- Engländer vertreiben Frankreich
- Engländer wollten keine Steuern mehr an die «Krone» in England bezahlen, da sie sich als eigenständiges Volk ansahen => «No taxation without representation»
- Bostoner Tea Party 1773 gegen engl. Krone
- Unabhängigkeitserklärung 4.7.1776

**Was passierte im Anbetracht auf den Föderalismus nach der Unabhängigkeitserklärung?**

Man musste sich die Frage stellen, wie man weiter machen sollte, da man nun auf sich gestellt war. Es kam zur Verfassungsdiskussion.

**Welche beiden Rivalen sind bei der Verfassungsdiskussion zu nennen und was waren deren Interessen?**

Partikularisten; wollten aus den 13 Kolonien eigene Staaten mit lockerem Militärbündnis kreieren

Föderalisten; Proklamierten einen zentralistischeren, starken Bundesstaat

**Was nutzen die Föderalisten um ihre Anliegen publik zu machen?**

Die Federalist Papers als Verteidigungsschrift für die Schaffung des Bundesstaates. Es handelt sich dabei um ein Argumentarium.

**Was war die Frage, welcher sich die «federalists» zuwenden mussten?**

Wie kann die Unabhängigkeit der Regionen gewährleistet werden, ohne gleichzeitig die Union zu gefährden?

**Was war «publius»?**

Der Deckname der federalists A. Hamilton, Madison, Jay

**Was ist mit «e pluribus unum» gemeint?**

Aus vielen wird eines. Es steht somit für die Bestrebungen der Federalists in Amerika.

**Wie wollten die federalists den Staat gliedern?**

Der Bundesstaat als Einheit aus vielen Einheiten. Dabei sollte der Bund in wenigen, klar definierten Teilbereichen Einfluss haben, der grosse übrige Rest sollte jedoch im Verwaltungsbereich der Gliedstaaten sein.

**Was ist zum 10. Zusatzartikel der Amerikanischen Verfassung zu sagen?**

Die Machtbefugnisse, die von der Verfassung weder den Vereinigten Staaten übertragen noch den Einzelstaaten entzogen werden, bleiben den Einzelstaaten oder dem Volke vorbehalten.

**Wie können die Gliedstaaten in Amerika Einfluss nehmen und ihre Anliegen äussern?**

Im Senat sind pro Gliedstaat immer zwei Sitze, welche diesen repräsentieren. Dies wurde so zuerst im federalist paper proklamiert und anschliessend in die Amerikanische Verfassung übernommen.

**Was waren die Zuständigkeitsbereiche der Union?**

Einige Steuerregelungen und das Militär.

**Wie geht die Union vor, wenn sie neue Kompetenzen erlangen will?**

Zuerst muss die Verfassung ergänzt und/oder abgeändert werden. Dies wiederum muss von den Gliedstaaten abgesegnet werden.

**War es bei der Schweiz eine kontinuierliche Entwicklung zum föderalistischen Staat wie wir ihn heute kennen?**

Nein. Vielmehr sind zwei Zusammenbrüche prägend.

**Welche Zusammenbrüche?**

Napoleon und Sonderbund.

**Was bildete die Grundlage für den Föderalismus in der Schweiz?**

- Ancien Régime mit alter Eidgenossenschaft; 13 Kantone mit Untertanengebiet
- Die 13 Kantone funktionierten bei der Tagsatzung mit dem Konsensprinzip (Untertanen hatten nichts zu melden)

**Welche Oppositionen bildeten sich im Laufe der Zeit in der Schweiz?**

- Révolutionäre; ländliche Opposition gegen Herrschaft der Städte => z.B. 1794 Untertanen gegen Zürcher mit Bittschrift für gleiche Rechte => Zürcher marschieren in Stäfa ein

- Reformisten; städtisch (aufgeklärt usw.) und für Vereinfachung und Vereinheitlichung der Kantone bzw. der Währungen, Masse und Abschaffung der Grenzzölle

**Welche wichtigen Vertreter sind zu den Reformisten zu nennen?**

Peter Ochs, Frédéric César de la Harpe

**Weshalb wollten die Reformisten eine Vereinheitlichung?**

Da sie oftmals Industrielle waren, waren sie am wirtschaftlichen Aufschwung der Schweiz interessiert. Eine Vereinheitlichung vereinfachte den Handel innerhalb der Schweiz.

**Was passierte 1798?**

Napoleon besetzt die Schweiz. Es gab keinen grossen Widerstand, sondern wurde gerade im Untertanengebiet begrüsst.

**Welcher Frage musste sich Napoleon stellen?**

Wem er zuhören sollte. Den Révolutionären oder den Reformisten. Er entschied sich für die Reformisten und schmiedete zusammen mit Peter Ochs so die neue Verfassung der Schweiz.

**Wie ist die heutige Schweiz damals benannt?**

Helvetische Republik. Diese bestand von 1798 bis 1803.

**Wie war die Helvetische Republik bezüglich genannter Kriterien gegliedert?**

| | |
|---|---|
| **Staatliche Ordnung** | Zentralstaat mit den ehemaligen Kantonen als dezentralisierte Verwaltungsbezirke |
| **Nationale Legislative** | - Grosser Rat: Kantonsvertreter nach Bevölkerungsproporz<br>- Senat: Vier Abgeordnete pro Kanton |
| **Regierung** | - Exekutivdirektorium mit fünf Mitgliedern, welche durch die Legislative gewählt wurden und die Exekutive ausführen mussten |
| **Bürgerliche und wirtschaftliche Freiheiten** | - Demokratie: Wahl der Legislativen durch Bürger<br>- Einheitlicher Wirtschaftsraum: Währung, Masse, Zoll<br>- Dreisprachigkeit |

**Was passierte mit der Schweiz im Verlauf?**

Es kam 1803-1815 zu den Mediationsakte und somit zu einem Verfassungsstreit.

**Welche Konfliktparteien gab es dabei?**

- Unitarier => für Einheitspolitik
- Föderalisten => Rückkehr zum Staatenbund (gegliedert aus Revolutionären, Konservativen)

**Zu was kam es?**

Zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen.

**Was passierte dann?**

Es kam zu den bereits beschriebenen Mediationsakten, welche einen Waffenstillstand und eine Schlichtung des Konflikts durch Napoleon bewirkten.

**Was sind die Konsequenzen daraus?**

- Kantone wiederhergestellt (ohne Untertanengebiete)
- Erhaltung bürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheiten (z.B. Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit…)
- Nationale Legislative und Exekutive abgeschafft; die Tagsatzung wird wieder eingesetzt als Koordinationsgremium des kantonalen Anliegen
- Aussenpolitische Anbindung an Frankreich

**Was bedeutete diese Enge Bindung an Frankreich?**

Die Bürger mussten ins französische Militär und somit beispielsweise in den Russlandfeldzug und Napoleon durfte die Schweizer Pässe benutzen. Somit wurde die Schweiz faktisch zu einem Vasallenstaat Frankreichs.

**Welcher nächste Schritt lässt sich bezüglich der Föderalisierung der Schweiz nennen?**

Die Restauration 1815-1830. Es kam zum Zusammenbruch des Napoleonschen Imperiums und somit zum Wiener Kongress.

**Was wurde der Schweiz dort zugesprochen?**

Man wollte ein Gleichgewicht der Grossmächte erlangen und sprach der Schweiz die Unabhängigkeit und die immerwährende Neutralität zu. Man wollte die Schweiz als eine Art neutrale Pufferzone einsetzen.

**Was ist bezüglich der Gliederung der Schweiz zur Zeit des Wiener Kongress zu sagen?**

Man wusste nicht recht was mit ihr anfangen. Einzelpersonen versuchten die Delegierten zu beeinflussen, doch die Grossmächte hörten nicht auf sie. Es kam zum Bundesvertrag von 1815.

**Wie könnte man die Inhalte aus diesem Vertrag nennen?**

Einen rückwärtsgewandten Föderalismus.

**Wieso?**

- Lockerer Bund von 25 Kantonen
- Tagsatzung nur begrenzte Kompetenzen
- Abschaffung bürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheiten
- Abschottung der Kantone

**Zu was kam es ein Jahr später?**

Zu einer wirtschaftlichen Krise und Hungersnöten. Vor Allem in der Ostschweiz wurde die Landwirtschaft auf Grund zunehmender Industrialisierung verdrängt. Ein Handel zwischen den Kantonen war nur sehr schwer möglich.

**Im Jahre 1830 kam es zur Forderung nach wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit. Wie nannte man diese Zeit?**

Die Liberale Regeneration.

**Was waren die Forderungen der liberalen Revolutionen in den Stadtkantonen?**

- Ausdehnung des Wahlrechts
- Volkswahl des Grossen Rates
- Gewaltenteilung
- Bürgerliche und wirtschaftliche Freiheiten
- Liberale wollen Regeneration auf Bundesebene bzw. Bundesverfassung revidieren

**Wer war dagegen?**

Die Konservativen.

**Was war die Antwort der Liberalen auf die Opposition der Konservativen?**

Sie radikalisierten sich und entwickelten eine Abneigung gegen die Katholische Kirche. Die Freisinnigen.

Was war die Basis der Konservativen?

Die katholische Kirche und die ländlichen Kantone.

Was forderten die Freisinnigen des Weiteren?

- Freiheiten auf Bundesebene
- Einfluss der Konservativen durch eine antiklerikale Art schmälern

**Was war die Antwort der katholischen Kantone darauf?**

Sie schlossen sich zum Sonderbund zusammen (LU, UR, SZ, UW, ZG, FR, VS)

**Was passierte als die Tagsatzung jedoch die Auflösung des Sonderbundes verfügt?**

Es kommt zum Sonderbundskrieg (1847). Der Freisinn siegt.

**Was waren die Ergebnisse aus dem Sonderbundskrieg?**

- Bundesverfassung von 1848
- Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat
- Mässigender Kompromiss: Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
- Vertretung der Kantone auf Bundesebene (Ständerat)

**Wie wurde die demokratische Staatsordnung geregelt?**

- Bürgerliche und wirtschaftliche Freiheiten bzw. Grundrechte
- Nationale Institutionen (Legislative und Exekutive)
- Gewaltenteilung
- Allgemeines Wahlrecht
- Minimalanforderungen für die Kantonsverfassungen

**Was war die Inspiration für das Entstehen des Schweizer Föderalismus?**

Die amerikanische Verfassung.

**Vergleiche die Schweiz mit der Schweiz bezüglich Organe:**

Nationalrat ⇔ House of Representatives

Ständerat ⇔ Senate

**Was passierte im Anschluss?**

Die Kantone treten die Kompetenzen an Bund ab. => Kantone Souverän, solange nicht beschränkt durch BV.

**Was passierte 1848?**

Die Volksabstimmung. Durch zwiespältige und modifizierende Art und Weise der Behörden wurde die neue Bundesverfassung angenommen.

**3. Vorlesung**

**Als was erwies sich der Verfassungskompromiss von 1848?**

Als stabil.

**Was waren die Konsequenzen aus diesem Kompromiss?**

- Nichtzentralisierung und Autonomie der Kantone
- Gleichberechtigung der Kantone
- Mitwirkung der Kantone an der Willensbildung auf Bundesebene
- Pflicht zur Zusammenarbeit zwischen den Kantonen

**Wie kann eine Bundeskompetenz hinzugefügt werden?**

Diese muss explizit vom Volk und dem Ständerat abgesegnet werden.

**Was beinhaltet die Souveränität der Kantone? (7 Punkte)**

1. Existenz der Kantone ist garantiert (Art. 1 BV) => Bund kann keine territorialen Veränderungen wie Auflösung oder Fusion eines Kantons bestimmen
2. Freiheit innerer Organisation: Organisationshoheit => einzige Einschränkung: BV
3. Freiheit der Wahl ihrer Behörden (Kantonsrat usw.)
4. Keine politische Kontrolle durch den Bund
5. Ausgedehnte Kompetenzen
6. Eigene finanzielle Ressourcen: Steuerhoheit
7. Gleichberechtigte Mitwirkung an Willensbildung bzw. Entscheidungsprozessen auf Bundesebene

**Was ist heute anders bezüglich Fusion und Abspaltung von Kantonen?**

Sie brauchen nun nicht mehr die Zusage der ganzen Schweizer Bevölkerung, sondern nur die der betroffenen Kantone. (Seit 1999; Verfassungsrevision)

**Was ist zur gleichberechtigten Mitwirkung an der Willensbildung auf Bundesebene anzumerken?**

- Ein Kanton hat je zwei Sitze im Ständerat
- Je eine Ständestimme bei Ständemehr

**Was sind «vertikale» Institutionen?**

Man betrachtet die Institutionen in einer vertikalen Abfolge; Gemeinden, Kantone, …

**Welches sind die wichtigsten vertikalen Institutionen der Schweiz?**

- <u>Zweikammersystem</u> => Repräsentieren Kantone im Ständerat
- <u>Ständemehr bei Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen</u> (Art. 140 BV) => meist Volksinitiativen => schützen ehemalige Sonderbundskantone vor Überstimmung
- <u>Standesinitiative</u> => Vorschlagsrecht zuhanden Parlament => Entwurf oder eine allgemeine Anregung zu einer Verfassungsänderung, einem Gesetz oder einem Bundesbeschluss, die ein Kanton der Bundesversammlung einreicht.
- <u>Kantonsreferendum</u> => das Recht von mindestens acht Kantonen der Schweiz, eine Volksabstimmung über ein vom Parlament beschlossenes Bundesgesetz oder über gewisse Bundesbeschlüsse und gewisse völkerrechtliche Verträge zu verlangen.
- <u>Mitwirkung im vorparlamentarischen Vernehmlassungsverfahren</u> => Damit Gruppierungen nicht in Nachhinein das Referendum ergreifen

**Was sind «horizontalen» Institutionen?**

Man betrachtet die Kooperation zwischen Akteuren (z.B. Kantone) der gleichen Stufe.

**Was sind die wichtigsten horizontalen Institutionen der Schweiz?**

- <u>Konkordate</u>: interkantonale Abkommen => Ziel: Koordination und gemeinsame Infrastruktur => Bundesregulierung verhindern => Probleme: Demokratiedefizit (nur Regierung unter sich), Schwerfälligkeit
- <u>Kantonale Konferenzen</u>:
    1. Direktoren- und Fachbeamtenkonferenzen
    2. Regionalkonferenzen der Kantonsregierungen
    3. Konferenz der Kantonsregierungen

**Was ist die Gemeindeautonomie?**

Die Fortführung des Föderalismus auf der Gemeindeebene.

**Wer definiert die Kompetenzen der Gemeinden und somit die Gemeindeautonomie?**

Die Kantone.

**Welche Vier Elemente beinhalten die Kompetenzen der Gemeinden?**

1. Bestandesgarantie => Freiheit zur Fusion (Kanton kann dies aber auch erzwingen)
2. Organisationsfreiheit => Gemeindeversammlung oder (v.A. in der Romandie) Gemeindeparlament
3. Fiskale Autonomie => Steuerhoheit
4. Selbständige Erfüllung der Augaben

**Was für Aufgaben hatte der Bund 1848?**

1848 wenige Aufgaben beim Bund (Geldwesen, Landesverteidigung, Post, Sicherung innerer Ordnung).

**Was geschah seit da?**

Massiver Ausbau in 5 Bereichen:

- Rechtspolitik => Bundesgericht
- Nationale Infrastruktur => SBB
- Wirtschaftspolitik => Nationalbank, regionaler Ausgleich, Exportrisiko
- Sozialpolitik => AHV, Arbeitslosenversicherung
- Fiskal- und Finanzpolitik => Einkommenssteuer

⇨ Zentralisierung

**Siehe Seiten 171-199**

**Was ist der dual federalism?**

Es gibt dabei nicht nur Bundeskompetenzen, sondern auch Bundesinstrumente der Ausführung. (Bundesmigrationsamt in Australien z.B.) Beispiele dafür sind Kanada oder Australien.

**Ist die Schweiz auch ein dual federalism? Wenn nein, welche Art des Föderalismus hat die Schweiz?**

Nein. Die Schweiz hat den kooperativen Föderalismus (Vollzugsföderalismus). So ist beispielsweise im Gegensatz zu Australien (mit dual federalism) die Fremdenpolizei nicht eine Bundes, sondern eine Kantonskompetenz.

**Welchen Bereich finanziert ausschliesslich der Bund?**

Internationale Beziehungen.

**Welches sind die Bereiche, an welchen der Bund die grösste finanzielle Beteiligung aufweist? (4)**

1. Verteidigung
2. Volkswirtschaft
3. Verkehr, Nachrichtenübermittlung
4. Soziale Sicherheit

**Welches sind die Bereiche, an welchen die Kantone sich finanziell am meisten beteiligen? (3)**

1. Polizei und Justiz
2. Gesundheit
3. Bildung

**Welches sind die Bereiche, an welchen die Gemeinden sich finanziell am meisten beteiligen? (3)**

1. Umweltschutz und Raumordnung
2. Kultur, Sport, Freizeit, Kirchen
3. Allgemeine Verwaltung

**Was passierte in den Jahren von 1950 bis 2017 mit Bund, Kantonen und Gemeinden bezüglich Einnahmen und Ausgaben?**

<u>Bund:</u>

- Einnahmen: Abnahme
- Ausgaben: Abnahme

<u>Kantone:</u>

- Einnahmen: Zunahme
- Ausgaben: Zunahme

<u>Gemeinden:</u>

- Einnahmen: Abnahme
- Ausgaben: Abnahme

**Wie lässt sich dieses Phänomen erklären?**

Der Vollzug wird auf die Kantone dezentralisiert. Somit generieren diese grössere Einnahmen bzw. Zunahmen, welche wiederum auf Gemeinde- und Bundesebene fehlen.

**Was bedeutet Vollzugsdisparität?**

Es bedeutet, dass in jedem Ort der Vollzug einer Handlung X wieder anders aussieht.

Was sind die prägnantesten Vorteile bzw. Nachteile der Autonomie der Kantone?

<u>+ Innovationen:</u> z.B. Drogenpolitik (Methadon …) => war in anderen Kantonen verboten, konnte aber in Zürich getestet werden und hat sich bewährt.

<u>- Blockaden:</u> z.B. Frauenstimmrecht, Appenzell Innerrhoden

**Wessen Kompetenz ist es, wenn in der Bundesverfassung nichts ausdrücklich erwähnt wird?**

Eine Kompetenz des Kantons.

**Wann ist es jedoch eine Bundeskompetenz?**

Wenn dies explizit in der Bundesverfassung steht.

**Wie könnte eine Bundeskompetenz hinzugefügt werden?**

Durch eine Verfassungsänderung, d.h. durch Volks- und Ständemehr.

**Was ist zu den Sonderbundskantonen anzumerken?**

Sie werden noch heute geschützt.

**Durch was wird der Schweizer Föderalismus herausgefordert?**

- Unterschiedliche Demographie
- Wirtschaftliche Entwicklung und Ressourcenunterschiede
- Entstehung von funktionalen Räumen

**Was sind die Probleme, welche unter dem Überbegriff «unterschiedliche Demografie», bezüglich des Schweizer Föderalismus auftauchen?**

- Kleinräumigkeit der Kantone => ca. 320'000 EW / Kantone
- Unterschiede zwischen den Kantonen => Grösster ZH (1.5 Mio.) vs. kleinster AI (16'105)
- Grössenunterschiede nehmen stetig zu!
- Zunehmende Spannungen zwischen Föderalismusprinzip (Ständerat, Ständemehr) und Demokratieprinzip (Nationalrat, Volksmehr) => kleine Kantone übermässig vertreten

**Was ist die Sperrminorität?**

Eine Minderheit darstellende Anzahl an Stimmen, die aber gerade ausreicht, um bei Abstimmungen bestimmte Beschlüsse zu verhindern. Theoretisch: 9% ; Praktisch: 20-25%

**Was sind die Probleme, welche unter dem Überbegriff «Wirtschaftliche Entwicklung und Ressourcenunterschiede», bezüglich des Schweizer Föderalismus auftauchen?**

- Unterschiedliche Grösse der kantonalen Volkswirtschaften: BIP Anteile
- Unterschiedliche Wirtschaftskraft: BIP pro Einwohner
- Unterschiedliche Ressourcen für staatliche Aufgaben: Ressourcenindex

**Was wird durch diese wirtschaftlichen Probleme auf die Probe gestellt?**

Das Prinzip von Solidarität und Ausgleich.

**Welche finanzielle Realität gibt es in der Schweiz, wenn wir an die Wirtschaftskraft der einzelnen Kantone denken?**

Es gibt etwa sieben überdurchschnittlich «vermögende» (steuerbares Einkommen/Anzahl Einwohner) Kantone, welche die restlichen oftmals unterdurchschnittlichen Kantone unterstützen müssen. Diese eher wohlhabenden Kantone fragen sich natürlich, weshalb sie dann nicht auch mehr zu sagen haben, als ihre ärmeren Nachbarn.

**Was sind die Probleme, welche unter dem Überbegriff «Entstehung von funktionalen Räumen», bezüglich des Schweizer Föderalismus auftauchen?**

- Funktionale Räume und institutionelle Gebiete klaffen auseinander => horizontale Politikverflechtung => nicht mehr innerhalb der «eigentlichen» Kantonsgrenzen (z.B. Migros)

**Welche Funktionalen Räume entstehen konkret?**

- <u>Grossregionen</u>:
  Interkantonale Konkordate mit Problemen des Horizontalföderalismus => Verträge zwischen Kantonen
- <u>Agglomerationen</u>:
  Vielfältige Formen der horizontalen Zusammenarbeit mit Demokratieproblemen

**Was wird dadurch in Frage gestellt und zu was kann dies führen?**

Grundsatz der Autonomie wird in Frage gestellt und es kommt zu Demokratiedefiziten (horizontale Verflechtung)

**Welche 7 Grossregionen lassen sich theoretisch festmachen?**

1. Genferseeregion
2. Mittelland
3. Nordwestschweiz
4. Zürich
5. Ostschweiz
6. Zentralschweiz
7. Tessin

**Was sind mögliche Lösungsansätze für die beschriebenen Probleme?**

- Gebietsreformen
- Reform von Ständerat und Ständemehr
- Anpassen der Mechanismen des regionalen Ausgleichs
- Aufgaben entflechten

**Beschreibe den Lösungsansatz «Gebietsreform» ein wenig genauer:**

Ein Beispiel wäre die Fusionierung der Grosskantone. Dies würde das Problem mit dem Ständemehr, welches dem Volksmehr gegenübersteht, lösen. Alle währen etwa gleich stark und fair vertreten.

**Was meint die Wissenschaft dazu?**

Sie ist sich unschlüssig. Einige finden eine Fusion sehr toll, andere betonen die Wichtigkeit jedes Kantons durch den Konkurrenzwettkampf. Dieser zwinge die Gemeinden bzw. Kantone vorhandene Ressourcen möglichst effizient zu nutzen.

**Wäre eine Kantonsfusion in diese Grossregionen realistisch?**

Nein. Es gibt zu viele Hürden:

- Souveränitätsverlust, was das Volk nicht will
- Verfassungsänderung benötigt Volks- und Ständemehr
- Ständerat müsste neu organisiert werden

**Gab es schon solche Versuche?**

- Auf Kantonsebene => BS/BL (3 Mal gescheitert), GE/VD (direkt gescheitert)
- Auf Gemeindeebene => Lugano (Vergandung), Luzern

**Führe den Lösungsansatz «Reform von Ständerat und Ständemehr» genauer aus:**

Es bräuchte neue Mehrheitsregeln um nicht mehr in eine Situation zu kommen, in welcher ein Urner die gleiche Stimmkraft wie 35 Zürcher hat. => Chancen dafür gering «Einbahnstrasse»

**Führe den Lösungsansatz «Anpassen der Mechanismen des regionalen Ausgleichs» genauer aus:**

Basis stellt der Finanzausgleich, der auf Transferzahlungen beruht dar. Seit 2004 kam es zu einem neuen Finanz- und Lastenausgleich (NFA).

**Was beinhaltet der NFA?**

- Ressourcenausgleich (Ziel: Jeder Kanton muss 85% des Mittelwerts der Steuereinnahmen erzielen)
- Lastenausgleich

**Führe den Lösungsansatz «Aufgaben entflechten» ein wenig genauer aus:**

Aufgaben könnten in die vertikale auf eine höhere Staatsebene übertragen werden. Dies wird fortlaufend gemacht, ist jedoch eine «Dauerbaustelle».

**4. Vorlesung**

**Welche beiden Wahlsysteme gibt es?**

Es gibt das Mehrheitswahlrecht (Majorz) und das Verhältniswahlrecht (Proporz). Diese beiden lassen sich in je die «reine» Form des Wahlrechts unterteilen und in andere Variationen.

**Was beinhaltet das Mehrheitswahlrecht und was sind Beispiele für die jeweiligen Formen?**

- Reiner Majorz: direkt und personenbezogene Wahl eines Kandidaten mit relativer Stimmmehrheit (first-past-the-post), Einerwahlkreis (1 Sitz pro Wahlkreis)

⇨ Z.B. UK, USA, Kanada, Indien

- Variationen: mehrere Wahlgänge durch absolutes Mehr, Präferenzwahlsysteme (Präferenzordnung auf Liste)

**Was beinhaltet das Verhältniswahlrecht und was sind Beispiele für die jeweiligen Formen?**

- Reiner Proporz: Listen gewinnen Sitze im Verhältnis zu den erhaltenen Stimmen, ganzes Land als ein Wahlkreis

⇨ Z.B. Israel, Niederlande, Slowakei

- Variationen: Wahlkreise um Problem der Unbekanntheit aller Politiker vorzubeugen, Sperrklauseln (Mindestanteile), Sitzzuteilungsverfahren, Personalisierung (Panaschieren, Kummulieren)

**Was sind die Folgen des jeweiligen Wahlrechts?**

Mehrheitswahlrecht: führt zu Zweiparteiensystem, in dem kleine Parteien so gut wie keine Chance haben. Dies da die Stimme nur bei grossen Parteien realistisch ist.

Verhältniswahlrecht: führt zu einer Vielzahl von Parteien, bei welchem auch die kleinen Parteien eine Chance haben. Dies, da die Sitzplätze anteilsgemäss auf die Stimmanteile verteilt werden.

**Welche Wahlsysteme sind in der Schweiz präsent?**

Wir müssen zwischen National- und Ständerat unterscheiden:

Nationalrat:

Seit einer Volksinitiative 1919 gibt es die Proporzwahl. Vorher war das Majorzwahlsystem präsent.

Die Kantone bilden heute Wahlkreise, welche Sitze zugeteilt bekommen.

Folgende Kantone haben nur einen Nationalrat-Sitz: AI, AR, UR, GL, NW, OW => faktisch «first-past-the-post»

Ständerat:

Das Wahlverfahren ist Kompetenz der Kantone. In der Regel wird die Majorzwahl in zwei Wahlgängen angewendet. (Im ersten Wahlgang zählt das absolute Mehr (d.h. mehr als die Hälfte aller Stimmen. Man spricht dabei häufig von 50% plus 1), im zweiten Wahlgang genügt das relative Mehr (d.h. mehr Stimmen als die anderen Kandidaten)).

Ausnahmen: Proporzwahlrecht (JU, NE), Landsgemeinde (AI)

**Was passierte bezüglich den Fraktionen im Nationalrat nach 1919?**

Es kam zu einer breiteren Aufteilung der Parteien. Sie waren gleichmässiger verteilt und die Radikal-demokratische Gruppe machte nicht mehr mehr als die Hälfte aus. Man konnte vier «dominierende» Parteien erkennen:

1. Radikal-demokratische Gruppe
2. Katholisch-Konservative
3. Sozialdemokraten
4. Bauern-, Gewerbe, und Bürgerfraktion

**Welche Ansätze, die das Wählerverhalten zu erklären versuchen gibt es?**

1. Sozialstruktureller Ansatz
2. Sozialpsychologischer Ansatz
3. Rational Choice Ansatz
4. Synthese zu Erklärungen des Wahlverhalten

**Was sind die wichtigsten Punkte zum Sozialstrukturellen Ansatz?**

Wahlentscheide fallen aufgrund von Gruppenzugehörigkeit. Solche Gruppen könnten sich durch Einkommen oder auch beispielsweise Bildungsniveau bilden. => Columbia Studie (Lazarsfeld)

Dies wurde von Lipset und Rokkan weiterentwickelt zur cleavage-Theorie. Sie erstellten viel klassische gesellschaftliche Spaltungen, welche sie in Westeuropa ausmachten. Diese waren:

1. Kirche vs. Staat
2. Zentrum vs. Peripherie
3. Stadt vs. Land
4. Kapital vs. Arbeit

1 und 2 lassen sich durch die Bildung des Nationalstaates begründen, währen sich die anderen beiden durch die Industrialisierung begründen lassen.

- ⇨ Es handelt sich aber nicht um ein «frozen-party-system», da die Parteisysteme sich verändern.

**Wie lassen sich die vier Grossparteien bezüglich der genannten cleavage-Theorie einordnen?**

| | FDP | CVP | SVP | SP |
|---|---|---|---|---|
| **Kirche vs. Staat** | Laizismus | Kirchennah | Laizismus | Laizismus |
| **Zentrum vs. Peripherie** | Zentrum | Peripherie | (Peripherie) | Zentrum |
| **Stadt vs. Land** | Stadt | (Land) | Land | Stadt |
| **Kapital vs. Arbeit** | Kapital | (Kapital) | Kapital | Arbeit |

**Was sind die wichtigsten Punkte zum Sozialpsychologischen Ansatz?**

Wahlentscheid geschieht aufgrund von Einstellungen. Diese Sozialisation führt zu Parteiidentifikation. Die Sozialisation beginnt im Jugendalter. Durch das Elternhaus werden die Jungen stark geprägt und bilden so ihre politische Haltung aus. Diese bleibt meist mehr oder weniger unverändert. => Michigan Studie (Campbell)

Jedoch kommt es immer mehr zur abnehmenden Parteibindung («dealignment»), da die Parteilinien nicht mehr so stark eingehalten werden. Somit ist eine Neuidentifikation der Wähler möglich.

**Was sind die wichtigsten Punkte zum Rational Choice Ansatz?**

Dieser Ansatz geht davon aus, dass der Wahlentscheid lediglich unter Berücksichtigung der Nutzenmaximierung erfolgt. D.h. jeder Wähler wählt genau diese Partei, welche den individuellen Nutzen des einzelnen maximiert => pocketbook voting => Ökonomische Theorie der Demokratie (Downs)

**Was sind die wichtigsten Punkte zur Synthäse zu Erklärungen des Wahlverhalten?**

Realignment und Entstehung von neuen cleavages:

Es gibt nun folgende Gruppen die sich gegenüberstehen:

1. Materialismus (alte Werte) vs. Postmaterialismus (neue Werte) => Ökonomie vs. Ökologie
2. Gewinner vs. Verlierer der Globalisierung

**Wieso ist die Wahlbeteiligung in der Schweiz etwa 25% tiefer als in sonstigem Europa?**

- Konkordanz statt Konkurrenz => «Es verändert sich sowieso nichts»
- Direkte Demokratie = «low salience» Wahlen => es gibt keine krassen Umbrüche

**<u>5. Vorlesung</u>**

**Was stellt die Oberste Gewalt des Bundes dar?**

Die Bundesversammlung, d.h. der National- und der Ständerat.

**Was sind Aufgaben und Funktionen des Parlaments?**

- <u>Wahl der wichtigsten Bundesbehörden</u>: Bundesrat, Bundeskanzler, Richter des Bundesgerichts (parteilich vertreten => Kritik: sollten unabhängig sein), General
- <u>Verfassung- und Gesetzgebung:</u>
- <u>Budget und Rechnung</u>:
- <u>Kontrolle und Oberaufsicht</u>: GPK (PVK) => Geschäftsprüfungskommission (helfen Parlamentariern beim Aufarbeiten), PUK => Parlamentarische Untersuchungskommission (schärfstes Kontrollorgan)

**Welche Arten von Parlamenten gibt es? Gehe näher auf diese ein:**

Präsidiales System («Arbeitsparlament»):

- weitgehende Unabhängigkeit der Regierung
- Regierungschef kann nur durch Impeachment des Amtes enthoben werden
- Zwei Volkswahlen; Parlaments- und Präsidentenwahl
- Möglichkeit, dass Präsident gegen Parlamentsmehrheit anderer Parteien regiert
- Mehr Chancen für verschiedene Vorschläge des unabhängigen Parlaments
- Präsident muss versuchen Mehrheiten für Entscheide zu finden (bei eigener oder Gegenpartei)
- Bsp.: USA

Parlamentarisches System («Redeparlament»):

- Regierung wird durch Parlament gewählt
- Im Parlament viel Reden gegeneinander, wenig miteinander => für Öffentlichkeit
- Wenig Gestaltungsmöglichkeiten
- Regierung gibt Ton an
- Regierung wird von Partei getragen => ohne diese Unterstützung stürzt sie
- Bsp.: UK

Direktoriales System:

- Mischung aus beidem
- Bundesrat auf Bundesebene, Regierungsrat auf kantonaler Ebene stellt Direktorium dar
- Kein Regierungschef => Bundespräsident ist nur primus inter pares (mehr oder weniger gleichgestellt)
- Parlament wählt einzelne Regierungsmitglieder entsprechend der Parteistärke
- Bsp.: CH (direktoriales System mit einigen präsidialsystematischen Elementen)

**Was ist bezüglich der Relation von Parlament und Regierung anzumerken?**

Das Parlament ist weitgehend eigenständig und winkt Bundesratsvorlagen nicht einfach durch. Dies zeigt die Arbeitsparlamentarischen Aspekte.

**Welche Rechte hat ein jedes Parlamentsmitglied? (Abnehmende Reichweite)**

Jedes Parlamentsmitglied hat Vorstossrechte.

1. Parlamentarische Initiative: ausgearbeitetes Gesetz => Parlament beratet und beschliesst Gesetz ohne BR (Bsp.: Nichtrauchergesetz, Sprachengesetz)
2. Motion: Bundesrat muss Massnahmen treffen => Parlament verpflichtet BR zur Überarbeitung, was oft zu Gesetzesrevisionen führt
3. Postulat: Bundesrat muss Bericht erstatten => Bundesrat muss Vorschläge zur Änderung eines Gesetzes machen
4. Interpellation: Bundesrat muss Antwort geben => Stellung zur Frage beziehen
5. Anfrage: Bundesrat verfasst schriftliche Antwort => eine Diskussion über Antwort, sondern lediglich Publikation

**Welche dieser Vorstossrechte sind Rechte für die es eine Mehrheit braucht, welche sind Rechte die jeder einzelne Parlamentarier nutzen kann?**

Mehrheit: 1,2,3

Einzelner: 4, 5

**Für was ist das Zweikammersystem hilfreich?**

Es ist hilfreich, damit nicht zu extreme Gesetze angenommen werden können, da eine Vorlage auf zwei Ebenen (NR und SR) besprochen wird. Somit ist die Gefahr geringer, das pure Emotionen zur Annahme einer Vorlage führen.

**Wann tagt die Bundesversammlung?**

3 Mal im Jahr für je drei Wochen. Zusätzlich gibt es bei Bedarf Sondersessionen.

**Wie viele Abgeordnete haben beide Kammern?**

NR => 200

SR => 46

**Wie kommt es zu Parlamentsbeschlüssen?**

Nur wenn beide Räte in identischer Fassung Zustimmung finden => Wenn nicht einig: Differenzenbereinigungsverfahren

**Was sind Kommissionen?**

Kommissionen sind Ausschüsse des Parlaments, die aus einer begrenzten Anzahl von Ratsmitgliedern bestehen. Sie haben grundsätzlich die Aufgabe, die ihnen zugewiesenen Geschäfte vorzuberaten. Darüber hinaus verfolgen sie die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihrem Zuständigkeitsbereich und arbeiten Vorschläge aus.

**Es gibt Vorberatende Kommissionen. Wie viele dieser Kommissionen gibt es im NR und SR? Welche?**

*Im NR gibt es 12, im SR 11:*

Ständige Sachbereichs-Kommissionen (beide Räte)

- Aussenpolitische Kommission (AP)
- Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF)
- Kommission für Rechtsfragen (RK)
- Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)
- Sicherheitspolitische Kommission (SiK)
- Staatspolitische Kommission (SPK)
- Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)
- Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)
- Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)

Ständige Aufsichtskommissionen (beide Räte)

- Finanzkommission (FK)
- Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Weitere Kommission im NR

- Immunitätskommission

Nicht-ständige Kommissionen

- Parlamentarische Untersuchungs-Kommission (PUK)
- Legislaturplanungskommission (LPK)

**Was sind die gemeinsamen Kommissionen?**

- Redaktionskommission (RedK)
- Begnadigungskommission (BeK)
- Gerichtskommission (GK)
- Delegationen für internationale Beziehungen

**Wie sind die Kommissionen besetzt?**

NR: 25 Mitglieder, SR: 13 Mitglieder

⇨ Wahlvorschläge der Fraktionen, Sitzzuteilung proportional zur Fraktionsstärke

**Was ist der Vorteil von Fraktionen?**

Know-How der Politiker wird gefördert – Spezialisierung in Fraktionen.

**Aus was bestehen Fraktionen?**

Aus mindestens fünf Mitglieder eines Rates. Wichtige Rolle bei Vorberatung der Geschäfte.

**Was ist die Fraktionsdisziplin? Und wie ist diese in der Schweizer Realität?**

Die Fraktionsdisziplin betrachtet, ob sich alle einer Partei als eins präsentieren.

- Heute Disziplin relativ gering => wie Arbeitsparlament
- Linke Parteien stimmen geschlossener, FDP und CVP weniger => bürgerliche haben meist komfortable Mehrheit und können sich mehr erlauben
- Zunahme der Fraktionsdisziplin im Zeitverlauf

**Was ist das Instruktionsverbot?**

Parlamentarier müssen sich nicht zwingend der Fraktion beugen.

**Was wird im Parlament repräsentiert? Unterscheide zwischen den beiden Betrachtungsweisen:**

<u>Substantiell:</u>

Der politische Wille der Wahlberechtigten soll angemessen vertreten sein.

<u>Deskriptiv:</u>

Das Parlament soll relevante sozio-demographische Merkmale der Wahlberechtigen angemessen abbilden

- Geschlecht
- Alter
- Sozio-professionelle Kategorien

**Welches Prinzip von Parlamentariern haben wir in der Schweiz? Was bedeutet dies?**

Wir haben das Milizprinzip, d.h. keine reinen Berufspolitiker. Ihre Parlamentarische Immunität wird gewährleistet durch:

- Art. 162 BV: Schützt Redefreiheit im Parlament
- Art. 16 ParlG: «Absolute Immunität» => Äusserungen im Parlament nicht geahndet, nur Mahnungen
- Art. 17 ParlG «Relative Immunität» => Strafverfolgungsfreiheit

**Was ist die Sessionsteilnahmegarantie?**

Sogar bei U-Haft darf Parlamentarier an Tagung dabei sein.

**Was ist das Milizparlament jedoch faktisch?**

Fiktion! Da:

- Zeitaufwand gestiegen
- Parlamentarierarbeit komplexer
- Seit den 70ern: individuelle Professionalisierung aber keine institutionelle Professionalisierung
- Problem der Interessensbindungen

## 6. Vorlesung

**Als welche Kraft arbeitet der Bundesrat?**

Als Exekutivbehörde.

**Gemäss Art. 174 BV ist der Bundesrat «… die oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes». Auf was beziehen sich dabei die Verben leitend und vollziehend?**

Leitend:

- Vertretung der Schweiz nach Aussen
- Gesetzgebung

Vollziehend:

- Gesetzesvollzug

**Was sind Vollzugsverordnungen?**

Entscheidung des Bundesrates für Vollzug und Konkretisierung der Gesetze.

**Wie vollzieht der Bundesrat konkret die Gesetze?**

Logischerweise ist diese Aufgabe für 7 Personen alleine um einiges zu umfangreich. Daher hat der Bundesrat rund 30'000 Bundesbeamte angestellt, die in verschiedenen Ämtern die Umsetzung der Gesetze fördern. Dabei führt der Bundesrat die Verwaltung.

**Wie und wann wird der Bundesrat gewählt?**

Die Mitglieder des Bundesrates werden von der Bundesversammlung nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrates für 4 Jahre gewählt.

**Wie lassen sich folgende Regierungsformen einordnen?**

| **Wahlform** | **Fixe Amtszeit** | |
|---|---|---|
| | **Ja** | **Nein** |
| **Wählerschaft** | Präsidialsystem (US) | Parlamentarisches System mit direkt gewähltem Premierminister (Israel) |
| **Parlament** | Direktoriales System (CH) | Parlamentarisches System (UK) |

**Was ist das Parlamentarische System?**

- Regierungsoberhaupt und Staatsoberhaupt nicht dieselbe Person
- Parlament wählt Regierung und kann sie abberufen (Misstrauensvotum)
- Regierung kann Parlament auflösen (Neuwahlen)
- Bsp.: UK

**Was ist das Präsidialsystem?**

- Regierungsoberhaupt und Staatsoberhaupt in einer Person
- Präsident unabhängig von Parlament
- Präsident ernennt Regierungsmitglieder
- Bsp.: USA

**Was ist das Direktorialsystem?**

- Regierung wird vom Parlament gewählt
- Relative Unabhängigkeit von Parlament und Regierung
- Arbeitsparlament
- Konflikte zwischen Regierung und Parlament sind möglich (gegenseitige Machthemmung)
- (einziges) Bsp.: CH

**Wie läuft das Wahlverfahren bei Gesamterneuerungen der Regierung ab?**

- Sitze werden nacheinander besetzt (zuerst Amtsältester)
- Sitze für die bisherige Mitglieder des BR kandidieren werden zuerst besetzt
- Absolutes Mehr (Hälfte + 1)

**Was ist die Konsequenz aus dem notwendigen Absoluten Mehr?**

Es werden mehrheitsfähige und nicht Parteisoldaten gewählt. Es ist somit unwahrscheinlich das radikale Parteimitglieder in den Bundesrat kommen.

**Wie war die Parteienvertretung im Bundesrat seit Beginn? (Wichtigste Ereignisse)**

| | |
|---|---|
| 1848-1890 | Alleinherrschaft FDP (Durch Sieg im Sonderbundskrieg) |
| 1891-1918 | CVP bekommt einen Sitz der FDP (FDP alleine brachte im Parlament nichts durch) |
| 1829-1942 | SP noch immer keinen Sitz, SVP einen Sitz (SP war gegen Militär) |
| 1943-1952 | SP bekommt einen Sitz der FDP, da SP sich nun für das Militär einsetzt |
| 1959-2003 | SVP stark unterrepräsentiert |
| 2004-2007 | SVP bekommt mittels Referendum zweiten Sitz auf Kosten der CVP und setzt Blocher ein |
| 2008 | SVP keinen Kandidaten, dafür BDP zwei => Widmer Schlumpf von SVP zu BDP (von ihr gegründet) |

**Fasse nochmals die wichtigsten Ereignisse zusammen:**

- Ab 1891: Einbezug der referendumsfähigen Opposition
- Zauberformel (1959-2003)
- Ende der Zauberformel (2003) => Anpassung an Wähleranteil der SVP => aussergewöhnlich schnell
- Panne der Konkordanz (2007-2015)
- ⇨ Nicht—Wiederwahl von BR Blocher, Abspaltung BDP
- ⇨ Ausschluss bzw. Untervertretung SVP im Bundesrat
- ⇨ Zweiter Sitz für die SVP (2015)

**Was ist die Formel zu Berechnung der Disproportionalität und was ist sie?**

Die Verzerrung des Wählerwillens:

$$LSq = \sqrt{\frac{1}{2}\sum_{i=1}^{n}(V_i - S_i)^2}$$

**Legende:**

n: Anzahl Parteien

Vi: Votes (Stimmenanteil)

Si: Seats (Sitzanzeil)

Min: 0, Max: 100

Bsp.:

Nach den eidgenössischen Wahlen 2019:

$$LSq = \sqrt{\tfrac{1}{2}[(0.256-0.285)^2 + (0.168-0.285)^2 + (0.151-0.285)^2 + (0.114-0.142)^2]}$$

Resultat : 0.128976 - > 12.8

**Was ist das Kollegialitätsprinzip?**

- Gemäss Art. 177 Abs. 1 BV entscheidet der Bundesrat als Kollegium
- Einfache Mehrheitsregel => eine Stimme pro BR-Mitglied => Entscheid muss mindestens drei Stimmen auf sich vereinigen
- Beschlüsse müssen geschlossen nach aussen vertreten werden
- Spannungen zwischen Mehrheitsregel nach innen und Kollegialitätsprinzip nach aussen

**Was ist das Departementalprinzip?**

- Gemäss Art. 177 Abs. 2 BV werden die Geschäfte des Bundesrates zur Vorbereitung und den Vollzug nach Departementen auf die einzelnen BR-Mitglieder verteilt
- Immer mehr Aufgaben => grösserer Zeitaufwand
- ⇨ Im Buch nachlesen!

**Was sind Bundesämter?**

Sachämter für gewisse Politikbereiche.

**Was ist zur Koordinationswirkung des Kollegialitätsprinzips zu sagen?**

Ämterkonsultation:

Einwände anderer Amtsstellen erfassen, d.h. bevor Bundesrat mit Vorbereitung beginnt, werden verschiedene Ämter konsultiert. Besonders:

- Bundeskanzlei (Rechtsdienst und Sprachdienst)
- Bundesamt für Justiz
- Eidg. Finanzverwaltung

(Sobald das zuständige Departement oder Bundesamt einen intern bereinigten Entwurf erarbeitet hat, legt es diesen allen Verwaltungseinheiten vor, die am Thema interessiert sind. Zu diesen Verwaltungseinheiten gehört stets die Bundeskanzlei. Sie überprüft jedes Bundesratsgeschäft auf formelle und rechtliche Aspekte hin. Zudem klärt die Bundeskanzlei, ob der Entwurf mit der Legislaturplanung und den Jahreszielen des Bundesrates vereinbar ist. Sie kann wie alle konsultierten Ämter innerhalb einer angemessenen Frist, meistens drei Wochen, Änderungswünsche schriftlich anmelden. Zudem arbeiten in dieser Phase in der verwaltungsinternen Redaktionskommission (VIRK) Sprachspezialistinnen und Sprachspezialisten der Bundeskanzlei mit.)

Mitberichtsverfahren:

- Vor-Koordination der Entscheide im Kollegialgremium
- Faktisches Gewicht von Eidg. Justiz- und Polizeidepartement und von Eidg. Finanzdepartement
- Negativ-Koordination: kleinster gemeinsamer Nenner => vorgängig Ball flach halten um durchzukommen

(Die Bundeskanzlei eröffnet das Mitberichtsverfahren, sobald ein Departement einen Antrag eingereicht hat. Normalerweise geschieht dies drei Wochen vor der Bundesratssitzung. Nun können alle anderen Departemente inhaltliche Änderungen vorschlagen. Die Bundeskanzlei fasst diese Mitberichte und die darauf antwortenden Stellungnahmen auf der sogenannten Differenzenliste übersichtlich zusammen. Diese Liste vereinfacht den Mitgliedern des Bundesrats und deren Stäben die Arbeit. Zudem überprüft die Bundeskanzlei das Geschäft formal. Stellt sie Mängel wie fehlende Unterlagen oder unterschiedliche Titel auf verschiedenen Bestandteilen des Antrags fest, gibt sie das Geschäft ans Departement zurück. Manchmal schlägt die Bundeskanzlei auch inhaltliche Änderungen vor.)

**Welche diversen Kategorien gibt es an einer Bundesratssitzung?**

- «voraussichtlich unbestrittene» Geschäfte (orange)
- Antworten auf parlamentarische Vorstösse (blau)
- «voraussichtlich diskutierte» Vorlagen (weiss) => 1. Mal im BR, dauert lang
- Vertrauliche Vorlagen (grün)
- Aussprachenpapiere, d.h. Grundsatzdiskussionen (ohne Farbkennzeichnung)

**Wer nimmt an einer BR-Sitzung teil?**

7 Bundesräte, 1 Kanzler, 2 Vizekanzler

**Was sind die Probleme der aktuellen Regierungsform?**

- Überlastung einzelner Mitglieder des BR => mehr Aufgaben aber gleich viele Bundesräte
- Spannungen zwischen Kollegialitätsprinzip und Departementalprinzip

⇨ Zeitproblem für kollektive Tätigkeiten

- ⇨ Frühe Phasen der Politikformulierung verlagern sich in die Departemente (Verwaltung und Expertenkommissionen)
- ⇨ Instrumentalisierung des Departementalprinzips => sich selbst besser darstellen durch sein Departement
- Mangelnde Kohärenz (Koordination) des Gesamtgremiums
- Repräsentation der Landesteile

**Was wären (sind jedoch nicht!) also womöglich Lösungsvorschläge? (Alle gescheitert!)**

- Volkswahl des Bundesrates => wurde von Parteien lanciert, die sich nicht repräsentiert fühlten => 1900, 1942 und 2013 abgelehnt
- Änderung des Wahlverfahrens
- ⇨ Proporzwahl des BR, d.h. welche Parteien, aber nicht welche Vertreter werden vom Volk definiert
- ⇨ Umstellung auf Konkurrenzdemokratie => Parlament soll Regierung abwählen können
- ⇨ Listenwahl => BR nicht einzeln, sondern als Ganzes wählen
- Erhöhung der Anzahl Mitglieder «horizontal» des BR => mehr Zeit und somit Stärkung des Kollegialprinzips, doch noch Schwieriger Konsens zu finden
- Entlastung durch delegierte Minister «vertikal» => Stellvertreter für BR => zeitliche Entlastung
- Aufwertung des Bundespräsidiums => längere Amtszeit => mehr Konstanz

**Was sind Lösungsvorschläge, die angenommen wurden?**

- Einrichtung der Bundeskanzlei
- Revision VOG 1979:
- ⇨ Aufwertung der Bundeskanzlei zur Stabsstelle
- ⇨ Schaffung der Generalsekretariate
- ⇨ Staatsekretäre ohne politische Verantwortung
- ⇨ Persönliche Mitarbeiter für Bundesräte
- Weitere Revisionen und Anpassungen
- ⇨ Flexibilisierung der Führungsstruktur
- ⇨ Stärkung der Bundeskanzlei, Präsidialstab
- ⇨ Vermehrter Einsatz von Staatssekretären

**Welche Lösungsvorschläge haben somit also überhaupt eine Chance um durchzukommen?**

Punktuelle Anpassungen der Aufwertung von Ressourcen.

## 7. Vorlesung

**Wie lautet die Definition von Interessenverband?**

Engl. Pressure group; «Mitgliederorganisation, welche die Berufs- und Standesinteressen einer Gesellschaftsgruppe artikuliert, bündelt und gegenüber den Mitgliedern, der Öffentlichkeit und der Regierung und der Verwaltung durch Druckausübung vertritt.»

**Wo liegt der Ursprung von Interessenverbänden?**

Prozess der Vergesellschaftung aufgrund freiwilliger Organisation; Teil des Modernisierungsprozesses => Agrar- zu Industriegesellschaft => Arbeitsteilung => Gruppen aus jeweiligen Berufsfeldern bilden sich => Stehen oft nahe an Parteien.

**Was ist die Politologische Relevant der Interessensverbände?**

Organisationsfähigkeit verschiedener Interessen, Einfluss von Verbänden im Machtgefüge.

**Wem stand die politische Rechte und wem die politische Linke nahe?**

Linke: Arbeitnehmer

Rechte: Arbeitgeber

**Welches Modell der Interessenverbände kennen die Mehrheitsdemokratie und die Konsensdemokratie?**

Mehrheitsdemokratie:

*Pluralismus*; Voneinander unabhängige Interessenverbände versuchen auf unkoordinierte Weise die Regierung zu beeinflussen (Lobbyismus) => Regierungsmehrheit ungehindert, doch Verbände wollen Macht beeinflussen => Staat agiert dabei als Schiedsrichter der verschiedenen Interessen

Konsensdemokratie:

*Korporatismus*; Interessenverbände koordinieren sich untereinander (Dachverbände) und werden in die Politik einbezogen (Formulierung und Vollzug) => enge Zusammenarbeit mit Staat

**Welche beiden Verfassungsrechte stellen die Grundlage für die Entwicklung der Wirtschaftsverbände in der Schweiz dar?**

1. Koalitionsfreiheit => Arbeitnehmer und Arbeitgeber können sich zum Schutz ihrer Interessen zusammenschliessen, Vereinigungen bilden (müssen aber nicht!)
2. Wirtschaftsfreiheit => Freie Wahl des Berufs sowie freien Zugang zu einer privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (nicht mehr wie Zunftsystem!)

**Was ist zu der Entwicklung der wirtschaftlichen Arbeitsgeberverträge der Schweiz anzumerken?**

- Früher Konstituierung
- Hoher Grad an Selbstorganisation
- Wurzeln im Zunftwesen
- Neuformierung im liberalen Staat
- Von Bund mitfinanziert
- Zusammenschluss zu Dachverbänden:
    - Schw. Handels und Industrieverein (SHIV => Economiesuisse): 1870
    - Schw. Gewerbeverband (SGV): 1879
    - Schw. Bauernverband (SBV): 1897
    - Schw. Arbeitgeberverband (SAV):1908 => durch Aufschwung im Dienstleistungssektor

**Was ist zu der Entwicklung der wirtschaftlichen Arbeitsnehmerverträge der Schweiz anzumerken?**

- Eher späte Konstituierung
- Arbeiterbewegung fragmentiert durch dezentralisierte Industrialisierung sowie gesellschaftliche Spaltungen (religiös, ideologisch, sprachlich)
- Zusammenschluss zu Dachverbänden:
    - Schw. Gewerkschaftsbund (SGB): 1880
    - Christlich-nationaler Gewerkschaftsbund (CNG): 1907
    - Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA): 1918
    - => 2002: Fusion mit CNG zu Travail-Suisse

**Wer konnte sich also besser organisieren? Wieso kam es nicht zu gewaltsamen Ausschreitungen wie in anderen Ländern?**

Die Arbeitsgeber. Da die Beziehung zwischen Arbeitsgeber und Arbeitnehmer eine lange Tradition der Sozialpartnerschaft hat. Dennoch führten Arbeitskämpfe zur Ausdehnung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) => Reichweite limitiert!

**Was sind Gesamtarbeitsverträge?**

Es sind Regelungen die unbedingt eingehalten werden müssen und auch eingeklagt werden können bei Verstössen.

**Was war die Konsequenz der Ausdehnung der GAV?**

Grund für wenige staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes. => Aber: Kündigungsschutz, Mindestlöhne bis heute schwach ausgebaut (da Arbeitgeber entscheiden)

**Wie sind die Beziehungen zwischen dem Staat und den Verbänden vom 2. Weltkrieg bis ca. 1990?**

<u>Mitwirkung bei der Politikformulierung:</u>

- Teilnahme an ausserparlamentarischen Expertenkommissionen => beratende Funktion
- Mitwirkung im Vernehmlassungsverfahren => IV geben Meinung in vorparlamentarischen Phase ab
- Lobbying im Parlament
- Leitung und Finanzierung von Abstimmungskampagnen

<u>Mitwirkung bei der Umsetzung der Politik:</u>

- Konsultation oder Dienstleistungen für Verwaltungen
- Delegation von Vollzugsaufgaben an Verbände: parastaatlicher Politikvollzug (Im Namen des Staates)

**Warum lässt der Staat diese Machtabgabe zu?**

- Verbände verfügen über fachspezifische Kenntnisse => Entlastung
- IV haben sowieso durch direkte Demokratie Möglichkeit ein Gesetz zu Fall zu bringen => Möglichst frühe Konsultation um Leerläufen vorzubeugen

**Wie lässt sich das Schweizer Verbandssystem einordnen (pluralistisch oder korporatistisch)?**

*Korporatistisch*; Sozialpartnerschaft, national koordinierte IV, freiwillige und informelle Kooperation

Aber: Machtasymmetrie zugunsten Arbeitgeber, dezentralisierte Lohnverhandlungen, schwache Reichweite der GAV.

**Welche Entwicklungen sind seit den 1990er Jahren zu beobachten?**

- Globalisierung führt zu Veränderungen und Reorganisationen der Interessensverbände
- Liberalisierungsreformen in vielen Bereichen
- Spannungen zwischen Verbänden der globalen Märkte und solchen der nationalen/lokalen Märkte => z.B. Economiesuisse vs. Agrarsektor
- Neue Beziehungen zwischen IV und Politik => Zunahme der Lobbyisten
- ⇨ Verstärkte pluralistische Züge

**Was ist zu den sozialen Bewegungen der Schweiz zu sagen?**

- Thematisieren Anliegen ausserhalb der Institutionen
- Verschiedene Bewegungsgruppen:
    - Traditionelle und konservative Bewegungen
    - Arbeiterbewegung
    - Neue soziale Bewegungen
- Offene «Political Opportunity Structure»:
    - Begünstigt Entstehung von sozialen Bewegungen
    - Führt zu eher wenig radikalen Ausdrucksformen (da man Möglichkeit zur Änderung hat)

**<u>8. Vorlesung</u>**

**Welcher Trend ist über die Jahre aufgekommen?**

Es kommt immer häufiger zur Nutzung von Volksabstimmungen zur Klärung politischer Fragen.

**Was beschreibt das Modell der partizipativen, direkten Demokratie?**

- Autoren: J.-J. Rousseau mit Volonté general (gemeinsame, direkte Entscheidungen), Barber, Pateman, Habermas,
- Grundprinzipien:
    - Kontrolle der Regierenden durch direkte und häufige Beteiligung
    - Erzieherische Wirkung der politischen Beteiligung => man lernt über Politik und ist somit besser informiert
    - Beteiligung Vieler verbessert deliberative Qualität der Politik => mehr Argumente => durch interne Debatte wird bestes ausgewählt
    - Beteiligung führt zu Integration der Gemeinschaft

**Was beschreibt das Modell der liberalen, repräsentativen Demokratie?**

- Autoren: J. Locke, Schumpeter
- Grundprinzipien:
    - Komplexität und Grösse moderner Gesellschaften => Partizipation von allen ist eine Utopie und wird mit zunehmender Teilnehmergrösse schwieriger
    - Überforderung und Inkompetenz der Bürger
    - Delegation der Macht an Eliten => «wir lassen regieren, solange wir einverstanden sind»
    - Kompetitive Auswahl der Repräsentanten in Wahlen (competitive elitism) => braucht also Wettbewerb um Qualität zu garantieren

**Welche direktdemokratischen Institutionen gibt es in der Schweiz auf Bundesebene?**

1. Obligatorisches (Verfassungs-)referendum
2. Fakultatives (Gesetzes-)referendum
3. Resolutives Referendum (obligatorisch/fakultativ)
4. Volksinitiative auf Totalrevision bzw. Teilrevision der Verfassung

**Was ist der Anwendungsbereich dieser Institutionen und was deren Bedingungen?**

| Instrument | Anwendungsbereich | Bedingungen |
|---|---|---|
| *Obligatorisches Referendum* | - Verfassungsänderungen<br>- Beitrittsbeschlüsse zu supranationalen Organisationen | Automatische Abstimmung Volk und Stände (doppeltes Mehr) |
| *Fakultatives Referendum* | - Alle Gesetze<br>- Referendumspflichtige Bundesbeschlüsse<br>- Gewisse völkerrechtliche Verträge | 50'000 Unterschriften in 100 Tagen oder 8 Kantone<br>Volksmehr<br>(einfaches Mehr) |
| *Resolutives Referendum* | - Dringliche Bundesbeschlüsse treten direkt in Kraft; Referendum dann innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten | 1.) dBB ohne Verfassungsgrundlage: automatische Abstimmung (doppeltes Mehr)<br><br>2.) dBB mit Verfassungsgrundlage: 50'000 Unterschriften oder 8 Kantone Volksmehr (Einfaches Mehr) |
| *Volksinitiative* | - VI auf Totalrevision der Verfassung<br>- VI auf Teilrevision der Verfassung: Formuliert oder allgemeine Anregung | 100'000 Unterschriften in 18 Monaten (doppeltes Mehr) |

**Was ist zur Volksinitiative zu sagen?**

- Beinhaltet: Totalrevision der BV, Teilrevision der BV => Teilrevision (ausgearbeitet) meist benutzte Form
- Bottom-up Charakter des Volksrechts eingeschränkt durch Einflussmöglichkeiten des Parlaments:
    - Gültigkeitsprüfung: Einheit der Form und Materie, Einhaltung zwingender Bestimmungen des Völkerrechts => falls nicht einverstanden:
    - Gegenvorschlag: direkt oder indirekt
    - Umsetzung angenommener Volksinitiativen

**Wie ist es gemäss der Kontinuitätsthese zur direkten Demokratie der Schweiz gekommen?**

- «Die Eidgenossen waren schon immer Direktdemokraten» (Blickle, Adler)
- Landsgemeindekantone als Vorbilder für die direktdemokratischen Volksrechte (SZ, UR, OW, NW, GL, ZG, AR, AI, GR)

**Was ist die Kritik an dieser These?**

- Landmänner stehen der Volkssouveränität gegenüber: ungleiche Ressourcen und arbiträre Wahl der Landmänner => starkes oligarchisches Element
- Krise der Landsgemeinschaft und Abschaffung
- Landsgemeinde: Versammlungsdemokratie (deliberative Demokratie) als Alternative zur Abstimmungsdemokratie
- => eher unplausibel

**Wie ist es gemäss der Diskontinuitätsthese zur direkten Demokratie in der Schweiz gekommen?**

- Direkte Demokratie als Import der französischen Revolution (Kölz)
- Erster demokratischer Schritt zu Referenden => Helvetik 1798: Verfassungsreferendum
- Entwicklung in den Kantonen:
    - 1. Etappe: Verfassungsreferendum und erste zusätzliche direktdemokratische Instrumente, jedoch stark repräsentative Verfassungen (Liberale Regeneration, 1830er)
    - 2. Etappe: Fakultative und obligatorische Gesetzesreferenden (Mitte des 19. Jhdts.
    - 3. Etappe: «demokratische Bewegungen» der 1860er führt zu flächendeckender Einführung von Gesetzesinitiativen

**Welche Art der Initiative gibt es nicht mehr?**

Allgemeine Volksinitiative => da nicht benutzt.

**Von was zu was wurde die Schweiz also durch die Einführung der Referendumsmöglichkeit?**

Von einer repräsentativen Demokratie zu einer Halbdirekten Demokratie.

**Was ist zur Nutzung der Volksrechte zu sagen?**

- Nutzung vor allem bei Oppositionsinteressen => Instrument für kleinere Gruppierungen
- Direkte Demokratie als Einbahnstrasse => schwierig wieder zurück zu kommen
- Zu geringe Hürden für Volksinitiativen (früher viel weniger Leute aber heute noch immer gleich viele Stimmen für Initiative) vs. Volksrechte als sakrosankte Instrumente

**Was ist zu der Nutzung der Volksrechte zu beobachten?**

- Zunehmende Nutzung der direkt-demokratischen Instrumente
- Stabile Erfolgsquote bei obligatorischen (und fakultativen) Referenden
- Zunehmende Erfolge der Volksinitiativen

**Was ist die Funktionslogik der «halbdirekten Demokratie»?**

- Halbdirekte Demokratie als Selektionssystem
- Volk als Kontrollinstanz für wichtigste Fragen
- Schutz der Volksrechte durch Recht und Verfassung
- Das Volk als institutioneller Opposition
- Ausbau und Begrenzungen der halbdirekten Demokratie

**Was ist zu der direkten Demokratie in den Kantonen zu sagen?**

«Kaleidoskop»:

- Stärker ausgebaute Volksrechte (v.a. Gesetzesinitiative und Finanzreferendum)
- Deutliche Varianz in Ausgestaltung und Nutzung: Stuzer-Index

**Was ist der Unterschied zur Bundesebene?**

- Bessere Chancen für Initiativen
- Hohe Annahmeraten für obligatorische Referenden

**Was berücksichtigt der Stuzer-Index?**

- Höhe der Hürden
- Welche Instrumente es gibt
- => Je höher der Index, desto höher der direkte Demokratiegrad

**<u>9. Vorlesung:</u>**

**Was ist der Unterschied zwischen direktdemokratisch und halbdirektdemokratisch?**

<u>Direktdemokratisch</u>: Volksabstimmungen über Fachthemen

<u>Halbdirektdemokratisch</u>: Je wichtiger Thema, desto mehr Volkspartizipation

**Was ist die Funktionslogik der «halbdirekten» Demokratie gemäss Linder und Müller?**

Zusammenwirken von Regierung, Parlament und Volk in einem Gesamtsystem:

- Volk als Kontrollinstanz für wichtigste Fragen
- Parlament entscheidet über nächstwichtigste Frage
- Regierung zuständig für Fragen geringer Tragweite

**Wie ist die grundsätzliche Funktionsweise des (fakultativen) Referendums?**

Das Referendum ermöglicht Ausüben einer «fallweisen» Opposition (Art von Veto) => bei konkreter Vorlage oder Gesetz.

**Wann wird das Referendum nicht ergriffen?**

Die Opposition wird nicht ausgeübt, wenn alle mit einer Parlamentsvorlage zufrieden sind, d.h. keine Gruppe wird schlechter gestellt als vorher => wenn sie sich in einem Pareto-Optimum befinden!

**Wieso ist dieses Pareto-Optimum unwahrscheinlich?**

- Mehrheitsregel erlaubt Übergehen von Minderheitspositionen => da nicht einstimmig angenommen gibt es immer Unterlegene bzw. Unzufriedene
- Rationale Akteure suchen «minimal winning coalition» => gerade die Mehrheit die es braucht um Vorschlag durchzubringen => um mit möglichst wenigen Teilen zu müssen => viele Benachteiligte

**Was muss also abgewägt werden?**

Mehrheitskoalition muss den potentiellen Nutzen eines Gesetzes gegen das Risiko eines Referendumerfolgs der oppositionellen Minderheit abwägen.

**Von was geht der reine Rational-Choice aus?**

Von vollständiger Information der Akteure => käme nie zum Referendum, da die Mehrheitskoalition wüsste, wie weit sie gehen kann ohne ein Referendum hervorzurufen.

**Wieso passiert dies trotzdem?**

- Mehrheitskoalition unterschätzt Stärke der Opposition
- Minderheitsopposition überschätzt eigene Kräfte (somit «angriffslustiger»)
- Referendum durch Aussenseiter (=>Versuch der Kompensation durch Konkordanz und vorparlamentarisches Verfahren)

**Was müssen Mehrheitskoalitionen machen, um einem Referendum vorzubeugen?**

Sie dürfen kein Alles-oder-Nichts-Strategie verwenden, sondern müssen Kompromisse mit der potenziellen Opposition eingehen.

**Was für eine Wirkung haben Referenden?**

Status Quo verstärkende Wirkung bzw. Innovationshemmung:

Direkt: Scheitern einer Vorlage in der Volksabstimmung => Verbleib bei Status Quo

Indirekt: Mehrheitskoalition sucht Kompromisslösung => Abschwächung

**Als was sieht Ossipow die Referenden?**

Als institutioneller Treiber der Machtteilung.

**Was resultiert aus den Referenden?**

- Regierungskonkordanz => Kooptierung der referendumsfähigen Parteien (Opposition in Regierung integriert um Referendum vorzubeugen)
- Entwicklung des vorparlamentarischen Verfahrens (Neidhart)

**Als was kann das Referendum sinnbildlich verstanden werden?**

Als Damoklesschwert über dem Entscheidungsprozess => Stetige Angst vor Zunichtemachen der Entscheidung durch Opposition.

**Wie wird den Referenden vorgebeugt?**

Durch Einbezug der referendumsfähigen Akteure in ausserparlamentarischen Kommissionen (Vertretung nach Fachgebiet), Konsultationen im Vernehmlassungsverfahren.

**Was sind die Vernehmlassungsverfahren?**

Bundesrat präsentiert Gesetzesentwurf der Öffentlichkeit und ruft Gruppen zu Stellungnahme auf => Referendumsrisiko senken.

⇨ Relativierung des Parlaments; «Verhandlungsdemokratie» (Neidhart)

**Was relativierte diese These jedoch wieder?**

Sciarini:

- Vernehmlassungen für Vorlagen ohne Referendum => eigentlich nicht nötig da kein Referendumsrisiko
- Einbezug von nicht-referendumsfähigen Gruppen
- Mehrheitslogik von Instanzen der vorparlamentarischen Phase

**Was für eine Wirkung und was für Konsequenzen hat das Referendum (für die Schweiz)?**

Doppelte Innovationshemmung: Bremswirkung des Referendums:

- Verspätete Entwicklung des Sozialstaates (AHV und IV 1947)
- Vergleichsweise tiefe Staatsquote => Bundessteuern sind Referendumspflichtig!
- Nicht-Engagement in der Aussenpolitik

**Was wäre, wenn wir keine Referenden hätten?**

- Stärkerer Sozialstaat
- Stärkere internationale Einflechtung

**Als was wirkt die Initiative?**

Als Gaspedal und Innovationsträger.

**Was sind die vier Funktionen der Volksinitiative?**

1. Volksinitiative als Ventil: Durchsetzung einer Forderung gegenüber den Behörden (hohe Erfolgschance, geringe Innovation) => kein radikaler Wandel

2. Volksinitiative als Schwungrad und Verhandlungspfand: Indirekte Berücksichtigung eines Anliegens durch die Behörden => Behörden übernehmen Teil von Forderung => Initiative als Verhandlungspfand: bei Kooperation der Behörden kommt es zu Rückzug der Initiative (hohe Erfolgschance, geringe Innovation)

3. Volksinitiative als Katalysator: Mobilisierung neuer Tendenzen und Themen (hohe Innovation, geringe Erfolgschance) => von Anfang an extreme Positionen => Ziel: Druckaufbau und Bekanntmachung des Themas

4. Initiative als Wahlhelfer: interne Mobilisierung und Selbstinszenierung (kein allg. gültiger Zusammenhang zw. Innov. und Erfolgschance)

**Wann wird eine Initiative am ehesten angenommen?**

Wenn sie nahe beim Status-quo ist bzw. nicht weit von diesem abweicht.

**Was sind die Auswirkungen auf die Wirtschaft?**

Pessimistische Sicht (Bodmer & Borner 2005 u.a. )

- Reformunfähigkeit führt zu Wachstumsschwächen

Optimistische Sicht (Kirchgässner et al. 1999, Freitag & Vatter 2000, u.a.)

- Methode: Kantonsvergleiche
- (Finanz)referendum bremst den Steuerstaat => je direktdemokratischer der Kanton, desto höher die Wirtschaftsleistungen
- Kein Robin-Hood-Effekt der Volksinitiativen => Wahlteilnehmer meist gebildet => gegen Robin-Hood-Effekt, da sie nicht betroffen

**Was sind die Auswirkungen auf die Gesellschaft?**

- Direkte Demokratie verbessert die Steuermoral (Frey 1997, Kirchgässner 2007)
- Nutzungshäufigkeit der direkten Demokratie steigert Zufriedenheit mit der Demokratie (Stadelmann-Steffen & Vatter 2012)
- Direkte Demokratie macht glücklich (Stutzer 2000, u.a. )

**10. Vorlesung**

**Welche Arten von Datenquellen und Methoden gibt es? Was sind deren Vorgehensweise, Vorteile und Probleme?**

| | *Auswertungen und Methoden der offiziellen Abstimmungsdaten* | *Durchführung von Nachbefragungen (VOX-Analyse 1977-2016, VOTO-Analyse ab 2016)* |
|---|---|---|
| *Vorgehensweise?* | Aggregatdaten auf Kantons-, Bezirks- oder Gemeindeebene | Daten und Resultate auf Individualebene |
| *Resultate?* | Beschreibende Untersuchung von Tendenzen und Spaltungen | ‘’ |
| *Vorteile?* | Fülle von Daten vorhanden<br>Methodisch hohe Qualität, d.h. sehr reliabel und valide | Genauer, individuell |
| *Probleme?* | - Ökologischer Fehlschluss (von Kollektiv- auf Individualebene)<br>- Unterschiedliche Motive hinter dem gleichen Abstimmungsentscheid | - Ressourcenaufwändige Erhebung (ca. 25 Min. pro Befragten)<br>- Repräsentativität des Samples (unter bzw. überrepräsentieren der Abstimmungsgewinner)<br>- Limitierte Grösse des Samples : individualistischer Fehlschluss (Sample zu klein um Kontextfaktoren korrekt abzubilden) |

**Was sind Lösungen für die Probleme der Durchführung von Nachbefragungen?**

Zusammenführen von VOX-Daten aus div. Abstimmungen => «pooling»

**Was ist die Konstruktvalidität?**

Misst man, was man messen will?

**Was heisst recht, was links?**

Rechts heisst, der Staat soll eine möglichst kleine Rolle spielen und links dagegen eine möglichst grosse.

**Was heisst konservativ, was liberal?**

Konservativ => bei gesellschaftlichen Fragen eher am Status quo orientiert

Liberal => bei gesellschaftlichen Fragen eher zukunfts- bzw. neuerungsorientiert.

**Was ist zum Trend der Stimmbeteiligung in der Schweiz anzumerken?**

Insgesamt gibt es einen sinkenden Trend: Durchschnitt rund 45%. Grosse Unterschiede je nach Abstimmungstermin => Stimmbeteiligung abhängig von Vorlage.

**Welche «Regeln» lassen sich also bezüglich Stimmbeteiligungen und Vorlage nennen?**

- Stimmbeteiligung höher bei unkomplizierten Vorlagen => Informiertheit der Stimmbürger ist wichtig
- Knappheitshypothese: Beteiligung höher bei intensiverer Abstimmungskampagne => Mobilisierung durch Eliten wichtig
- Wenn knappes Ergebnis erwartet wird, gehen Bürger eher Abstimmen, da ihr Einfluss als grösser gewertet wird

**Was ist also zum Unterschied zwischen der Partizipation der Bürger bei Wahlen im Kontrast zu Abstimmungen zu sagen?**

- Partizipation bei beiden nimmt in Tendenz ab
- Abstimmungen mehr Fluktuation (unruhigere Kurve)
- Trend eher gestoppt => seit Einführung brieflicher Stimmabgabe

**Was ist zur Stimmbeteiligung unter Berücksichtigung der Individualdaten-Analyse (VOX) zu sagen?**

Es lassen sich zwei Faktoren nennen, welche die Stimmbeteiligung variieren lassen:

<u>Individuelle Faktoren, d.h. kein Einfluss der Vorlage:</u>

- Geschlecht, Alter, *Bildungsniveau => stärker bei Abstimmungen als bei Wahlen (da oft komplex)*
- Interesse an Politik
- Politische Kompetenz: Selbst-Zensur (Wer denkt er versteht Vorlage nicht, bleibt tendenziell eher zu Hause)

<u>Kontextfaktoren, d.h. Einfluss der Vorlage:</u>

- Vertrautheit mit de Gegensand (Kriesi: «awareness») => «versteht Bevölkerung um was es geht?»
- Intensität der Kampagne => Interaktionseffekt

**Was ist zu der Kompetenz der Stimmbürger zu sagen?**

- Leerstimmen 1-3% (Rekord: 16.57 => Kulturinitiative)
- Drei Studien zur Kompetenz der Abstimmenden:
    - 1. Gruner & Hertig => Materielle Problemlösungskapazität
    - 2. Bütschi => Entscheidungskompetenz
    - 3. Kriesi => Verständnis der Vorlage
- ⇨ Rund 1/3 der Abstimmenden hat ein schlechtes Verständnis der Initiative!

**Welche beiden Strategien zur Meinungsbildung gibt es und was beinhalten diese?**

Heuristische Strategien:

- Status-quo Heuristik («Neinsager») => ca. 2.5%
- Vertrauensheuristik => Vertrauen auf Institutionen (Information durch z.B. Empfehlungen)
- Parteiheuristik => Benützung von Orientierungshilfen => am verbreitesten

Systematische Strategien (inhaltliche Auseinandersetzung):

- Ersetzen heuristische Strategie
- Bedeutender bei hoher Kampagnenintensität
- Weit verbreitet
- Übergang fliessend

**Was sind die Propagandaregulierungen in der Schweiz?**

- Verbot der politischen Werbung in Fernsehen und Radio
- Kaum Regulierungen für privatrechtliche Organisationen
- Regulierungen für staatliche Instanzen
    - Kein Einsatz öffentlicher Gelder für Propaganda
    - Stellungnahme sowie Engagement im Abstimmungskampf erlaubt
    - Informationspflicht: sachlich und ausgewogen

**Welche beiden Autoren sind zu Studien der Auswirkungen der Abstimmungspropaganda zentral?**

- Hertig => signifikanter Zusammenhang zwischen Werbetätigkeit in Zeitungen und Abstimmungsresultat
- Kriesi => Determinanten für Behördenunterstützung => Unterschied zwischen Initiativen und Referenden => Intensität und Richtung der Kampagne spielen eine Rolle => nicht bei Volksinitiativen aber bei Referenden

**Wie steht die Regierung der Volksinitiative gegenüber?**

In der Regel ist Regierung meist gegen Volksinitiative.

**Was ist zum Eingreifen der Regierung bezüglich Erfolgschancen einer Volksinitiative oder einem Referendum anzumerken?**

Volksinitiative: Staat hat oft hohe Erfolgschancen und bringt sich daher erst bei Vorlagen ein, bei dem er eine Chance sieht. (horizontale Linie oben)

Referenden: Staat muss sich um hohe Erfolgschancen zu haben durch Propaganda einbringen. (Diagonale)

**11. Vorlesung:**

**Definiere kurz die Begriffe:**

Policy: Inhalte der Politik

Politics: Prozesse, Austragung oder Beendigung von Konflikten

Polity: Strukturen bzw. Institutionen (z.B. Föderalismus, Gewalten…)

**Was ist die Public Policy?**

- «Anything a government chooses to do or not to do » (Thomas Dye)
- Geht auf die Entscheidung politischer Instanzen zurück
- Ist die Antwort auf ein «public Problem» (etwas, was die Öffentlichkeit als Problem ansieht)
- Will etwas bewirken: mobilisiert Handlungsinstrumente:
    - Z.B. Information («Anleitung zum Energie sparen»), Anreize («Subventionen für Solarstrom»), Regulation («Baubewilligung»)
- Kann auch heissen nichts tun!

**Was ist die Policy-Analyse?**

Eigenes Teilgebiet der Politikwissenschaft mit vielen verschiedenen Theorien und Analysekonzepte.

**Was ist das klassische Analysemodell?**

Der Policy Cycle von Jones:

1. Problemdefinition («Agendasetting») => was ist das Problem, welche der Staat lösen soll und wie kommt es auf die Agenda? (Medien als wichtige Rolle)
2. Politikformulierung => Staat muss Handlungsprogramm bzw. Policy herausarbeiten, dabei ist der Gesetzgebungsprozess wichtig
3. Implementation («Vollzug») => Gesetzesvollzug, Staat initiiert Handlungsinstrumente
4. Evaluation => wirkt policy wie sie soll und ist das Problem gelöst?

Legende: Staat im Zentrum

**Welche drei Phasen des Entscheidungsprozesses gibt es (Typus Schweiz)?**

1. Vorparlamentarische Phase:
    - *Impuls* durch *in Form von* (Weitere => Volksinitiative oder Internationale Vereinbarung; Fachamt => Amtsentscheid; Departement => Departementsentscheid; Bundesrat => Bundesratsentscheid; Bundesversammlung => Parlamentarischer Vorstoss oder Standesinitiative)
    - Vorabklärungen und Antrag, Mitberichtsverfahren und Ämterkonsultation => Auftrag zur Gesetzgebung
    - Bericht und Normkonzept (Skizze des wesentlichen Inhalts des noch unformulierten Gesetzes)
    - Fachamt beginnt mit Planung und Antrag an Bundesrat
    - Ämterkonsultation und Mitberichtsverfahren von Departement an BR, Stellungsnahmen…
    - Genehmigung von BR, immer wieder Mitberichtsverfahren und Ämterkonsultationen

2. Parlamentarische Phase:
    - Kommission Erstrat (Fraktionen)
    - Plenum Erstrat
    - Kommission Zweitrat
    - Plenum Zweitrat
    - Ev. Differenzenberatung
    - *Kommission Erstrat*
    - *Plenum Erstrat =>* Kursiv geschriebene Verfahren können maximal dreimal wiederholt werden
    - (Falls nach dreimal noch nicht bereinigt: Einigungskonferenz)
    - Schlussabstimmung
    - Plenum Erst- und Zweitrat
3. Referendumsphase
    - Veröffentlichung der Referendumsvorlage im Bundesblatt
    - Falls Referendum: Volksabstimmung
    - Annahme oder Ablehnung bzw. Umsetzung oder nicht

**Wie sieht die Gewichtung der Phasen des Entscheidungsprozesses aus?**

Vorparlamentarische Phase: 60%

Parlamentarische Phase: 40%

**Zu was führen die vielen Konsultationen in der vorparlamentarischen Phase?**

Zu einer langer Bearbeitungszeit (ca. 51 Monate) => also länger als eine reguläre Legislaturperiode eines Parlamentariers

**Was ist zur Politikimplementation bzw. dem Vollzug zu sagen?**

Man unterscheidet zwischen dem nationalen und dem föderalen Vollzug:

- Nationaler Vollzug: Behörde des Bundes führt den Vollzug durch, mithilfe von dezentralen Verwaltungsstellen => selten
- Föderaler Vollzug: Bund macht Gesetze, Kantone vollziehen sie => bestimmendes Vollzugsmodell ('kooperativer Föderalismus'); führt häufig zu Vollzugsdisparitäten
    - Beispiel: Studie von Holzer et al (2000) zum Asylwesen – Datenbasis: rund 180'000 Asylanträge 1988 – 1996 in 26 Kantonen – Resultat: föderalistische Umsetzung des Asylgesetzes führt zu positiven und negativen Diskriminierungen von Asylsuchenden

**Was sind Gründe für diese Vollzugsdisparitäten?**

Wahrscheinlichkeit von Disparitäten je nach Art von Bundesgesetz

- Tief bei Vorgabe von klaren Zielen und Regeln:
    - Bsp. Infrastruktur, Sozialversicherungen
- Hoch bei Unsicherheiten und Gestaltungsspielräumen:
    - Bsp. Anreizprogramme, regulatorische Programme

**Wie sehen die politischen Grundkonstellationen des Vollzugsföderalismus in der Schweiz aus?**

| | ***Kantone: Konsens hoch*** | ***Kantone: Konsens tief*** |
|---|---|---|
| ***Bund: Konsens hoch*** | I. Gesicherte Umsetzung | II. Unvollständige Teilumsetzung |
| ***Bund: Konsens tief*** | II. Instrumentalisierung der Bundesziele | IV. Geringe Umsetzung |

**Was ist zur Politikformulierung und der Implementation von Public Policies in Konsensdemokratien zu sagen?**

- Politikformulierung: Konsultationen und Koordination in der vorparlamentarischen Phase als Ausdruck horizontaler Machtteilung => lange Dauer
- Implementation: kooperativer Föderalismus und beschränkte Möglichkeiten des Bundes als Ausdruck vertikaler Machtteilung => Vollzugsdisparitäten

**12. Vorlesung:**

**Wie sieht die Zusammensetzung des Schweizer BIPs aus?**

Da ein Binnenland und sehr klein sind wir Schweizer sehr vom Export bzw. Import abhängig. Rund 1/3 des Bips kommt daher von Import und Export.

**Worauf gründet die Schweizer Neutralität?**

- Schlacht von Marignano 1515: F vs. CH => CH verloren => Aufgabe der Expansionspolitik, aber noch immer Bündnisse
- Erklärung der Tagsatzung von 1674: (Koordinationsbehörde der Eidgenossenschaft) => erste geschichtliche Überlieferung eines Beschlusses zur Neutralität => z.B. keine Glaubenskriege usw.
- Wiener Kongress 1815: Neutralität erstmals anerkannt («Geburtsstunde der Neutralität») => Neutralität nur sinnvoll, wenn andere Staaten diese anerkennen!

**Was sind die Rechtsgrundlagen der Neutralität?**

Neutralitätsrecht als Teil des Völkerrechts:

- V. Haager Abkommen über die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges (1907)
- XIII. Haager Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekrieges (1907) Genfer Konventionen von 1948

Quellen in der Bundesverfassung:

- Art. 2 Abs. 2 BV: «Die schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.»
- Art. 173 Abs. 1 lit. A BV: «[Die Bundesversammlung] trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz»
- Art. 185 Abs. 1 BV: «Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.» => strategisches Mittel nicht Selbstzweck

**Was beinhaltet das Neutralitätsrecht?**

- Recht, mit anderen Staaten Handel zu treiben
- Pflicht, nicht in militärischen Konflikten zwischen anderen Staaten zu intervenieren (Verbot direkter Unterstützung)
- Pflicht, kriegführenden Staaten bei ihren militärischen Handlungen nicht zu helfen (Verbot indirekter Unterstützung) => Verkauf ok, aber nicht verschenken
- Pflicht, beim Verkauf von Kriegsmaterial nicht zwischen kriegsführenden Staaten zu unterscheiden

**Was sind die Bestandteile der Neutralitätspolitik?**

- Militärische Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen
- Militärische Bündnisfreiheit
- Keine Beteiligung an Sanktionen
- -> integrale vs. differenzielle Neutralität

**Was ist die integrale Neutralität?**

Umsetzung aller drei obig genannten Prinzipien.

**Was ist die differenzielle Neutralität?**

Nicht Anwendung der Nicht-Beteiligung an Sanktionen. Dies kommt immer wieder vor.

**Was sind die Funktionen der Neutralitätspolitik?**

| | |
|---|---|
| Integrationsfunktion | Tatsache, dass Neutralität auch inneren Zweck hat => dient Zusammenhalt bei Konflikten ausserhalb<br>siehe 2. WK oder Glaubenskrieg |
| Unabhängigkeits- oder Schutzfunktion | Verhindern von Schweiz als Spielball der Grossmächte |
| Freihandelsfunktion | Handel mit allen |
| Gleichgewichtsfunktion | Pufferzone zwischen verfeindeten Staaten => Beitrag zur pol. Stabilität Europas |
| Dienstleistungsfunktion | humanitäre Hilfe in sämtlichen Gebieten, oder als Vertreter verfeindeter Staaten |

**Durch was erhielten diese Funktionen einen Bedeutungswandel?**

- Ende des Kalten Krieges => Punkt 4. GGw-Funktion nicht mehr wichtig, da bipolares System
- Neuartige internationale Bedrohungen => Terrorismus usw. => Neutralität bringt nichts, sondern ist eher kontraproduktiv, da zu lange Reaktionszeit
- Europäische Integration => Freihandelsfunktion in Frage gestellt => Handel häufig mit Rechtsübernahme verbunden

**Wie ist die Entwicklung der Beziehungen der Schweiz zur EU?**

1. Scheitern erster multilateraler Schritte (1955-1972) => EG => hätte nur Vorteile gehabt
    - **a.** Freihandelsabkommen 1972 (72.5% Ja) (EFTA mit EG)
2. Stagnation (1972-1986)
3. Scheitern zweiter multilateraler Schritte (1986-1992)
    - **a.** EWR Abkommen 1992 (50.3% Nein, 18 Stände) => hätten 4 Grundprinzipien der EU anerkennen müssen
4. Der bilaterale Weg (1993-?)
    - **a.** Bilaterale I 2000 (67.2% Ja) => 1. Aufhebung der Wirtschaftshemmnisse. 2. Handel LW-Güter, 3. Flugverkehr, 4. Forschungsabkommen
    - **b.** Bilaterale II 2005 (56 % Ja) => Dublin, Schengen

⇨ Fazit: Quasi-Mitgliedschaft à la carte –Institutionelles Rahmenabkommen (InstA)

**Was ist zum Globalisierungstrillema zu sagen?**

1.Unabhängigkeit des Nationalstaates

2.Starke Demokratie

3.Wohlfahrt dank Globalisierung

Problem: nicht alle drei Prinzipien können gleichzeitig erreicht werden, sondern nur immer 2 auf Kosten des Dritten